

Nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

7 2S 21395E

Frankfurt, Juli 1970

Einzelpreis 0,75 DM

X. Jahrgang

Bezeichnend für das politische Niveau in der Bundesrepublik ist die Diskussion um das „Bahr-Papier“, der Entwurf eines Gewaltverzichtsabkommens zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik. Nicht nur, daß die CDU/CSU den Versuch der Bundesregierung, mit der Sowjetunion in ein vernünftiges politisches Gespräch zu kommen, zum Anlaß nationalistischer Volksverhetzung nimmt, außerdem erfahren die Bundesbürger den Wortlaut dieses für den Frieden in Europa und damit für die Existenz unseres Volkes bedeutungsvollen Vertragsentwurfes aus der miesesten Boulevard-Presse: der „Bild-Zeitung“ und einer Illustrierten, eingezwängt zwischen Pornografie und Krimis. Die Bundesregierung muß sich die Frage gefallen lassen, warum sie gezögert hat, sich offen, unter Vorlage des Textes, zum Verhandlungsergebnis in Moskau zu bekennen. Ist aber zwischen den Regierungen der UdSSR und der Bundesrepublik Vertraulichkeit über die Einzelheiten des Vertragstextes vereinbart worden, wird das Ansehen der Bundesregierung beträchtlichen Schaden erleiden, weil sie nicht in der Lage war, diese Vertraulichkeit zu wahren.

CDU/CSU hetzt gegen Verständigung

daß der Frieden in Europa nur erhalten werden kann, wenn jeder die gegenwärtigen Grenzen achtet und keiner Gebietsansprüche gegenüber anderen Völkern geltend macht. Die Bundesregierung erklärt in dem Entwurf ihre Bereitschaft, mit der Regierung der DDR ein Abkommen zu treffen, das die gleiche völkerrechtlich verbindliche Kraft haben soll, wie jene, die beide Regierungen mit anderen Ländern schließen. Die Beziehungen sollen auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und der Achtung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Bundesrepublik und der DDR beruhen. Schließlich, um damit nur die wichtigsten Fakten dieses Vertragsentwurfes aufzuzählen, wollen beide vertragschließenden Regierungen die wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen untereinander zur Festigung des Friedens in Europa weiterentwickeln und verpflichten sich, den Plan einer Konferenz über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu fördern.

Die Alternative zu dem in Moskau ausgehandelten Vertragsentwurf über Gewaltverzicht ist der Krieg. Wer diesen Vertrag ablehnt, will mit Gewalt die durch den Hitler-Krieg entstandenen Grenzen in Europa revidieren. Die Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik will aber endlich Frieden und Sicherheit. Nur diesem Wunsch verdankt die Regierung Brandt/Scheel ihre Mehrheit im Bundestag, und sie ist gehalten, den Wechsel einzulösen, den die Wähler ausgestellt haben.

Was aber steht in dem Bahr-Papier, das im Interesse der Bundesrepublik nicht ohne Einschränkung akzeptiert werden kann? Da wird in der Präambel festgestellt, daß beide Regierungen es als ein gemeinsames Ziel betrachten, den internationalen Frieden aufrecht zu erhalten, ausgehend von der realen Lage in Europa. Ihre Streitfragen sollen ausschließlich mit friedlichen Mitteln gelöst werden. Die Sowjetunion und die Bundesrepublik stimmen in der Erkenntnis überein,

Wahlen und die Konsequenzen . . .	2
Zehntausende streikten . . .	3
■ Metaller fordern 15 Prozent . . .	4
Chemie-Erfolg in Hamburg . . .	5
Monopolbanken wollen kassieren	6
■ DKP: Vermögen umverteilen	7
Bundeshaushalt '70	8
Konfiskatorische Steuern? . . .	9
■ Die Westberlin-Hürde des DGB	10
■ Diskussion um DGB-Satzung	11
Das Image der IG Bau	12
Opfer der Konzentration . . .	15
Rentenwesen reformbedürftig . .	16

Vermögensbildung

Mit Bedauern wird im Geschäftsbericht der Salamander AG festgestellt, daß der Betriebsgewinn 1969 gegenüber 1968 zurückgegangen sei und darum in diesem Jahr nur noch 10 Prozent Dividende ausgeschüttet werden können.

Aber die Familie Sigle, die 50 Prozent des Grundkapitals dieser bekannten Schuhfabrik besitzt, tröstet sich mit dem schwäbischen Liedlein „Wege dem brauchst du net traurig sei“ — sie kann immer noch 3 Millionen DM Dividende einstreichen. Vor Hunger ist sie geschützt.

3 Millionen DM sind immerhin ein Tagesverdienst von rund 8220 DM, das heißt, die schwäbische Familie Sigle verdient allein an einem Tag so viel, wie 205 der in ihrem Betrieb beschäftigten Arbeiter. Ein schönes Beispiel von „Vermögensbildung in Unternehmerhand“.

okolus

Wahlen und die Konsequenzen

SPD muß demokratischer und entschlossener handeln Landtagswahlen machten Enttäuschung sichtbar

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und im Saarland haben nicht dazu beigetragen, die politische Situation der Regierungskoalition von SPD/FDP zu stabilisieren. Eher fühlen sich die konservativen und rechtsradikalen Kräfte durch die Wahlergebnisse gestärkt. Die zweifellos erfreuliche Tatsache, daß die NPD aus dem niedersächsischen Landtag hinausgewählt wurde — erfreulich in bezug auf die politische „Optik“ — darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich nun der Rechtsradikalismus in der CDU weiter konzentriert.

Die SPD ist zwar im ganzen gesehen ohne spektakuläre Verluste aus der Wahl hervorgegangen, aber es ist bemerkenswert, daß sie in Nordrhein-Westfalen, einem Land mit hoher Arbeiterbevölkerung, über 3 Prozent an Stimmen verlor. Dieser Verlust kann nicht damit erklärt werden, daß 27 Prozent der Wähler in Nordrhein-Westfalen, statt an die Wahlurne zu gehen, ins Grüne fuhren, besonders darum nicht, weil sich eine relativ hohe Wahlenthaltung in den Arbeiterbezirken zeigte. Die Ursachen liegen vielmehr darin, daß es der Regierung Brandt nicht gelungen ist, den Preisaufruf zu stoppen und grundlegende soziale Reformen, wie sie der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung versprochen hatte, wenigstens einzuleiten.

Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung machte es der CDU leicht, vor dem Wähler in demagogischer Weise der Regierung Brandt/Scheel alle Ursachen für die steigenden Preise anzulasten und ihn vergessen zu machen, daß es sich hierbei im wesentlichen um die Folgen einer Rüstungspolitik handelt, die 20 Jahre lang von den CDU/CSU-Regierungen praktiziert wurde.

Sicherlich hat zum Wahlergebnis auch der Mangel an Entschlossenheit der Bundesregierung in der Ostpolitik beigetragen. Aber keineswegs — wie es von der CDU interpretiert wird — ist es als ein Veto gegen die Verständigungspolitik mit dem Osten zu werten. Der Stimmenanteil der Koalitionsparteien beträgt 51 Prozent. Das sind Wähler, die sich für eine Politik der Verständigung mit dem Osten ausgesprochen haben. Die CDU erreichte in den drei Ländern 46,2 Prozent der Wählerstimmen, von denen keineswegs gesagt werden kann, daß sie gegen die Ostpolitik der Bundesregierung abgegeben wurden. Die Regierung Brandt hat keine Ursache, aus dem Wahlergebnis die Folgerung zu ziehen, die Verständigungspolitik mit noch kleineren Schritten notdürftig in Gang zu halten.

SPD und FDP hatten vor der Wahl große Hoffnungen auf die Stimmen der Jungwähler gesetzt — diese Hoffnungen haben sich nur zum Teil erfüllt.

Das mag einmal daran liegen, daß der Einfluß der fortschrittlichen Jugend auf die Masse der Jungwähler geringer ist, als er eingeschätzt wurde. Jungsein allein ist ein Zustand und noch keine politische Qualität. Andererseits aber kann man junge Menschen nicht mit einer Politik gewinnen, die es — und das bezieht sich besonders auf die Ostpolitik — an Konsequenzen fehlen läßt. Hätte Bundeskanzler Willy Brandt offen ein Bekenntnis zu einer neuen Ostpolitik abgelegt mit all ihren Konsequenzen und nicht zuletzt mit der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, anstatt vor den Angriffen der CDU/CSU zu kapitulieren, wäre die Unterstützung der jungen Wähler für seine Regierungspolitik weitaus größer gewesen.

Es ist gewiß interessant und nicht ohne Wert, das Wahlergebnis vom 14. Juni sorgfältig zu analysieren und Betrachtungen anzustellen, unter welchen Voraussetzungen es anders ausgesehen hätte. Sicher ist auf jeden Fall, daß die taktischen Winkelzüge der Bundesregierung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ebenso wie in der Außenpolitik das Vertrauen, besonders in der Arbeiterschaft, zur Politik Willy Brandts merklich schwinden ließen.

Wenn die von Sozialdemokraten geführte Regierung vorgibt, die Interessen der arbeitenden Menschen vertreten zu wollen, und eine Regierung grundlegender innerer Reformen zu sein, ihre Politik aber tatsächlich von den Interessen der Konzerne und Monopole leiten läßt, muß sie damit rechnen, daß große Teile der Arbeiterschaft bei kommenden Wahlen weiterhin unbeteiligt bleiben, wenn nicht gar aus Enttäuschung in das Lager des Rechtsradikalismus abwandern.

Die DKP, die sich zum ersten Male seit ihrem Bestehen als junge Partei an Landtagswahlkämpfen beteiligte, tat dies gewiß ohne Illusion. Sie konnte nicht im Zweifel darüber sein, daß es ihr schwer werden mußte, sich gegen den von der CDU aufgeputzten Antikommunismus durchzusetzen. Immerhin wurden rund 110 000 Stimmen für die Deutsche Kommunistische Partei abgegeben, und das sind Stimmen von Wählern, die sich eine kompro-

mißlose demokratische Haltung gegen jede Form von Rechtsradikalismus bewahrten und damit ein größeres politisches Gewicht haben, als es in ihrer Zahl zum Ausdruck kommt.

Die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik müssen sich der Konsequenzen bewußt werden, die sich aus dem Wahlergebnis ergeben. Es kommt darauf an, alle antinationalistischen Kräfte in der Bundesrepublik zu mobilisieren, um der Rechtsentwicklung entgegenzutreten. Das gilt nicht zuletzt für die Gewerkschaften, die der Demokratie und einer Politik der Friedenssicherung und Verständigung mit den Völkern des Ostens nicht dadurch vorwärts helfen können, daß sie aus Loyalität zu dem sozialdemokratischen Bundeskanzler die Schwächen seiner Regierungspolitik wohlwollend übersehen, sondern die Regierung zwin-

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

gen müssen, eine Wirtschafts- und Sozialpolitik für die arbeitenden Menschen und eine klare, dem Willen der Mehrheit unseres Volkes entsprechende Außenpolitik zu verfolgen.

Es geht um „mehr Demokratie“ und um soziale und wirtschaftliche Reformen, die sich an den Forderungen der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften orientieren. Bundeskanzler Brandt sollte sich darüber klar sein, daß diese Politik nur möglich ist gegen den Widerstand der Monopole und Konzerne.

Die Bundesregierung muß ihre bisherige, auf Gemeinsamkeiten mit der CDU/CSU gerichtete Taktik beenden. Eine der Entspannung dienende neue Ostpolitik ist unvereinbar mit „Kontinuität“ der von der CDU/CSU und vom kalten Krieg bestimmten Politik. Nur eine eindeutige Loslösung von der gescheiterten CDU/CSU kann der Bundesregierung das Vertrauen im Volke verschaffen, das sie dringend braucht, um sich gegen jene mit Erfolg zur Wehr zu setzen, die sich einer Entspannungspolitik widersetzen.

Die Wahlergebnisse in den drei Ländern haben deutlich gemacht, daß ein solcher Vertrauensbeweis durch die Bevölkerung nur dann gewonnen werden kann, wenn sich Bundeskanzler Willy Brandt eindeutig entscheidet.

H. S.

Für Franco?

Auf der in Genf tagenden Internationalen Arbeitskonferenz (ILO) haben der stellvertretende Vorsitzende des DGB, Gerd Muhr, und zwei weitere Vertreter der ILO aus Schweden und aus Großbritannien eine Entschliebung eingebracht, in der gefordert wird, die Internationale Arbeitsorganisation solle sich für die Sicherung freier gewerkschaftlicher Betätigungsmöglichkeiten in Spanien einsetzen. Diese Entschliebung ist in Genf mit knapper Mehrheit abgelehnt worden.

Gerd Muhr hat es als einen Skandal bezeichnet, daß ausgerechnet die Vertreter der Bundesregierung, zusammen mit den Unternehmensvertretern, diese Resolution zu Fall gebracht haben. Italien — als einziger EWG-Staat übrigens —, die skandinavischen Länder, einige afrikanische Staaten, Israel und die Länder des sozialistischen Lagers haben für diese Resolution gestimmt.

Der Entschliebung der drei Gewerkschafter lag der Untersuchungsbericht einer nach Spanien entsandten Kommission zugrunde, in der über 1500 Verstöße gegen die Satzung der Internationalen Arbeitsorganisation festgestellt worden waren. Da der Regierungsvertretung auch der Arbeitsminister Walter Arendt angehörte, ist anzunehmen, daß auch er eine Nein-Stimme gegen die Entschliebung abgegeben hat. Die Haltung der Vertreter der Bundesregierung hat vor allem bei den Delegierten des IBFG Bestürzung und Kritik ausgelöst.

In der Welt fragt man sich, was die Erklärungen des Kanzlers zur Demokratie, Freiheit und Humanität wert sind, wenn die kämpfenden und eingekerkerten Demokraten Spaniens von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung desavouiert werden. Es hätte gerade der Bundesregierung besser angestanden, wenn sie, anstatt die Entschliebung der Gewerkschaften abzulehnen, ihren Einfluß auf die EWG-Länder genutzt hätte, um sie für die in der Entschliebung geforderten Maßnahmen gegen die Franco-Diktatur zu gewinnen.

Das Verhalten der Bundesregierung gegenüber dem spanischen Faschismus — offensichtlich, um die vorgesehene Aufnahme Spaniens in die EWG nicht zu stören — liegt auf der gleichen Linie wie der Verzicht auf energische Schritte gegen den Neonazismus im eigenen Lande, gegen die ausdrückliche Forderung der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sollten energisch in solidarischer Verbundenheit mit ihren unterdrückten Kolleginnen und Kollegen in Spanien gegen diese Haltung der Bundesregierung protestieren. sr

Zehntausende streikten

Immer häufiger greifen Arbeiter und Angestellte in der Bundesrepublik zum Mittel der Arbeitsniederlegung, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Die Liste der spontanen Streiks wird immer länger (vgl. auch NACHRICHTEN Nr. 5 und 6/70). Seit März, dem Beginn der Streikserie, sind weit über 20 000 Arbeiter und Angestellte kurzfristig in den Ausstand getreten, hauptsächlich, um Lohn- und Gehaltsforderungen Nachdruck zu verleihen.

Die von uns in den Ausgaben Nr. 5 und 6 veröffentlichte Liste der Betriebe, in denen gestreikt wurde, muß um folgende Unternehmen ergänzt werden: Krupp Hüttenwerke AG in Hohenlimburg, Opel-Werke Bochum, Anker-Werke Bielefeld, Kiefel in Worms, Allgaier in Ubingen, Herkules-Werke in Nürnberg, Continental Werk Hannover-Limmer, Pierburg KG in Neuß, Keramikwerk Seppelfricke in Gelsenkirchen, Beiersdorf AG in Hamburg, Norddeutsche Affinerie, Kupferhütte Ertel & Co., Leonar-Werke (Agfa-Gevaert) und Adretta-Werke, alle ebenfalls in Hamburg.

Der Streik in den Hamburger Chemie-Betrieben erfolgte im Zusammenhang mit der Tarifbewegung in der chemischen Industrie und trug entscheidend zu einem erfolgreichen Abschluß in Hamburg bei. Bemerkenswert war auch der Streik in der Pierburg KG in Neuß, wo 1400 der 1600 beschäftigten Frauen an zwei Tagen die Arbeit niederlegten und im Werkshof für ihre Forderung, ebenso wie die Männer eine Lohnerhöhung zu bekommen, demonstrierten. Mit Hilfe der IG Metall konnte diese Forderung schließlich durchgesetzt werden, bei gleichzeitiger besserer Einstufung eines Teils der Frauen.

Großen Erfolg hatte auch ein Streik im Keramikwerk Seppelfricke, der vier Tage dauerte. Das Ergebnis war der Abschluß eines Lohn- und Manteltarifvertrages mit der IG Chemie-Papier-Keramik. Danach erhalten die Arbeiter und Angestellten rückwirkend ab 1. Juni 50 Pfennig mehr Lohn je Stunde bzw. 92 DM Gehaltserhöhung. Die Wochenarbeitszeit wurde auf 40 Stunden verringert, der arbeitsfreie Samstag als Urlaubstag abgeschafft und ein zusätzliches Urlaubsgeld von 15 DM je Urlaubstag vereinbart. Außerdem konnte noch eine Verbesserung des Tarifurlaubs und verschiedener Zuschläge durchgesetzt werden.

Mit diesen Streikaktionen in zahlreichen Betrieben verschiedener Branchen antworten die Arbeiter und Angestellten auf die andauernden Preissteigerungen und die unverändert gute Gewinnlage der Unternehmen. Da ein hoher Prozentsatz der spontanen Streiks auf die metallverarbei-

tende Industrie entfällt, dürften sie als Stimmungsbarmeter in diesem Teil der Industrie zu werten sein, wo nach den Sommerferien rund 4,5 Millionen Beschäftigte in die Tarifbewegung für höhere Löhne und Gehälter eintreten werden. Die Industriegewerkschaft Metall wäre gut beraten, wenn sie diese sichtbar gewordenen Potenzen für den Kampf um eine Einkommensverbesserung der Metallarbeiter um nicht weniger als 15 Prozent auch voll einsetzen würde.

K. Kilian

DKP-Vertreter sprachen auf Evangelischer Sozialakademie

Auf Einladung der Evangelischen Sozialakademie Schloß Friedewald sprachen am 10. Juni 1970 Vertreter der DKP vor Sozialsekretären zu aktuellen politischen Fragen. Von DKP-Seite nahmen an dem Gespräch teil: W. Cieslak, Mitglied des Parteivorstandes der DKP und Referent für Wirtschafts- und Sozialpolitik, F. Rische, Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises der DKP und ehemals Abgeordneter des 1. Bundestages, Dr. W. Petschick, Mitglied des Bezirksvorstandes der DKP in Nordbayern und Redakteur der Zeitschrift NACHRICHTEN. Vom Kollegium der Sozialakademie nahm, neben rund 20 Sozialsekretären aus allen Teilen der Bundesrepublik, Dr. W. Sohn und vom Lehrkörper Dozent A. Noppe teil.

Der Meinungsaustausch mit den Sozialsekretären der Evangelischen Kirche wurde mit Ausführungen von Werner Cieslak über Rolle, Programm und Aktivitäten der DKP eingeleitet. Die Sozialsekretäre der Evangelischen Kirche stellten den Vertretern der DKP viele Fragen. Im Mittelpunkt der Fragen und des Gesprächs standen die Positionen und praktischen Vorstellungen der Kommunisten für die Einleitung einer Politik des demokratischen Fortschritts in den 70er Jahren.

Kontroverse Ansichten in Fragen der Theorie und Praxis von Kommunisten und Christen schließen dabei — das erbrachte jedenfalls die Aussprache — keinesfalls das klärende Gespräch aus und erweisen sich als nützlich für die Feststellung einer nennenswerten Übereinstimmung in Fragen des Friedens und der sozialen und demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik. Beispielsweise gab es Berührungspunkte in der Forderung nach Aufhebung des: KPD-Verbot und einer grundlegenden Reform der beruflichen Bildung. Die Teilnehmer des Gesprächs waren sich auch nach Stunden sachlichen Meinungsaustausches darüber einig, daß Begegnungen und Gespräche von Kommunisten und Christen nützlich sind. Pet.

Metaller fordern 15 Prozent

Lohnbewegung in der Metallindustrie wird vorbereitet IG Metall muß sich auf zähen Kampf einstellen

Die bevorstehende Lohnbewegung in der metallverarbeitenden Industrie tritt immer deutlicher ins Bewußtsein der Öffentlichkeit. Die Metallindustriellen attackieren die gewerkschaftliche Lohnpolitik immer heftiger; sie fürchten die Schmälerung ihrer Profite. Gleichzeitig hat die IG Metall Richtlinien für die Tarifbewegung veröffentlicht und als wichtigste Forderung „eine der wirtschaftlichen Lage angemessene Lohn- und Gehaltserhöhung“ verlangt. Mehrere Gremien und Organisationsstelle der IG Metall haben diese Forderung bereits konkretisiert: 15 Prozent höhere Löhne und Gehälter.

Der Vorstand der IG Metall hat Mitte Juni in mehreren Punkten Richtlinien für die Tarifpolitik 1970 beschlossen: Als Schlußfolgerung aus der harten Kritik an der zentralen Verhandlungsführung 1969 soll die Tarifbewegung der zum 30. September für die Metallverarbeitung und zum 31. Oktober für die eisenschaffende Industrie auslaufenden Verträge regional geführt werden. Die Laufzeit der neuen Lohn- und Gehaltsabkommen soll zwölf Monate nicht überschreiten. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen sollen der guten Wirtschaftslage entsprechen. Weiter regt der Vorstand an, neben der Hauptforderung in den einzelnen Tarifgebieten spezifische Forderungen zu verfolgen, wie eine bessere tarifliche Absicherung der Effektivverdienste und Anhebung bzw. Streichung der unteren Lohngruppen.

In den Betrieben und Verwaltungsstellen diskutieren die Mitglieder der IG Metall bereits die Höhe der Forderungen. In Mannheim wurde z. B. die Erhöhung der Stundenlöhne um 1,— DM, das sind 15 Prozent, gefordert. Ebenfalls 15 Prozent forderten die Vertreterversammlungen der IG Metall in den Verwaltungsstellen Nürnberg, Hanau und Velbert. In Velbert verlangten die Metall-Gewerkschafter, daß 15 Prozent effektiv werden, während der Tariflohn jedoch um 25 Prozent angehoben wird, um die Spanne zum Effektivlohn zu verringern. Diese Forderung einer kombinierten Tarif- und Effektivlohnsteigerung sollten die Tarifkommissionen unbedingt aufgreifen.

Der von der Vertreterversammlung Nürnberg der IG Metall einstimmig angenommene Beschluß zur Tarifpolitik stellt praktisch eine Konkretisierung der Richtlinien des IGM-Vorstandes dar; er fordert:

„1. Erhöhung der Löhne, Gehälter und Vergütung für Auszubildende um 15 Prozent.

2. Die Laufzeit soll 12 Monate nicht überschreiten. Sie soll zu einem einheitlichen Termin mit allen Tarifgebieten enden.

3. Die Leistung aus dem Tarifvertrag für vermögenswirksame Leistungen

vom 9. Mai 1970 darf auf die kommenden Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht angerechnet werden.

4. Mit der kommenden Tarifbewegung sind die sogenannten Leichtlohngruppen zu beseitigen.

5. Die vom VBM (Verband Bayerischer Metallindustrieller) geforderten Verschlechterungen des Manteltarifvertrages für gewerbliche Arbeitnehmer und des Angestellten-Manteltarifvertrages, wie der gänzliche Wegfall der Sozialzulagen, die völlige Streichung des Erschwernis-Urlaubs und andere Bestimmungen, sind abzulehnen.

6. Die Vertreter aller Betriebe verpflichten sich, in ihren Arbeitsstätten alle organisatorischen Voraussetzungen zur erfolgreichen Durchsetzung der Tarifbewegung zu schaffen.“

Diese letzte Forderung ist für den erfolgreichen Abschluß der kommenden Lohnbewegung besonders wichtig. Darum heißt es auch in den Richtlinien des Vorstandes der IG Metall: „Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder der IG Metall sollen über die Grundlagen der Tarifbewegung 1970 (im Betrieb) sprechen. Nur eine breit angelegte Tarifbewegung kann zum Erfolg führen.“

Die IG Metall wird sich darauf einstellen müssen, daß es zu einer Kraftprobe in der Metallindustrie und ebenso in der Eisen- und Stahlindustrie kommt. Die Unternehmer bereiten die Situation mit Unterstützung des Bundeswirtschaftsministeriums bereits jetzt psychologisch vor. Sie reden von einer „kosten- und preisstabilisierenden Lohnpolitik“, die notwendig sei, um Geldwert und Wirtschaftswachstum zu sichern (Gesamtmetall-Chef van Huellen), und schon wird auch die Forderung nach einer erneuten Lohnpause erhoben (Groß- und Außenhandels-Präsident Dietz). Und das Bundeswirtschaftsministerium schlägt in die gleiche Kerbe, indem es seine „Besorgnis“ über die „stürmische Aufwärtsentwicklung“ der Effektiv- und Tariflöhne bzw. -gehälter publiziert.

Dem ist entgegenzuhalten, daß die Metallarbeiter jetzt — mit ein- bis zweijähriger Verzögerung — nachzuholen versuchen, was die Unternehmer schon 1968/69 getan haben und was die Wirtschaftskraft auch gestattet: eine kräftige Erhöhung der Einkommen. Die Nettolöhne und -gehälter sind in den Jahren 1968/69, den beiden Jahren nach der Krise, nur um 15,8 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum haben die Unternehmer ihre Nettoeinkommen um 22,3 Prozent steigern können. Wenn die Metallarbeiter jetzt 15 Prozent höhere Löhne und Gehälter verlangen, so ist das hinsichtlich des Nachholbedarfs, des Produktivitäts- und Preisanstiegs sowie der unverändert guten Konjunkturlage vollauf gerechtfertigt.

Die IG Metall hat auch die Behauptung der Unternehmer zurückgewiesen, daß der Anteil der Lohnkosten an den Produktionskosten ständig wachse. Bezogen auf die Umsatzentwicklung müsse das Gegenteil festgestellt werden. In der Metallindustrie sei dieser Anteil 1969 gegenüber 1968 von 28,8 auf 28,1 Prozent zurückgegangen. Ein ähnlicher Rückgang sei auch 1968 gegenüber 1967 festzustellen gewesen.

Der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner wies am 1. Juli vor IGM-Funktionären in Wolfsburg die heuchlerische „Sorge“ der Unternehmerverbände um die Preisentwicklung zurück: „Wenn die Arbeitgeber auf einmal nach Preisstabilität rufen, dann sagen wir ihnen: niemand zwingt euch, Preiserhöhungen vorzunehmen. Das liegt doch ganz allein in eurer Hand!“ Die Unternehmer sollten endlich aufhören, günstige Marktsituationen rücksichtslos auszunutzen.

Der stellvertretende Vorsitzende Loderer drückte die Kampfbereitschaft der Metall-Gewerkschafter um ihren berechtigten Anteil so aus: „Härtesten Kampf sagen wir denjenigen an, die heute von einer Lohnpause reden.“ Gewisse Unternehmerkreise wollten von den „astronomischen Gewinnen“ ablenken. Nur ein Narr könne glauben, „daß wir uns bei der bevorstehenden Tarifbewegung nicht einen ansehnlichen Teil für die Arbeitnehmer holen werden“.

In der Organisation der IG Metall und in den Betrieben haben die Gewerkschafter klare Forderungen entwickelt. Sie müssen in den bezirklichen Verhandlungen mit den Metallindustriellen voll durchgesetzt werden. Wenn Otto Brenner sich am 17. Juli in der nächsten Gesprächsrunde der konzertierten Aktion mit dem Wirtschaftsminister und den Unternehmerfunktionären an einen Tisch setzt, dann erwarten die Metallarbeiter von ihm, daß er sich nicht einwickeln läßt und den notwendigen harten Standpunkt der Mitglieder vertritt.

Demagogie

Für etwa 6,5 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte, das sind rund 30 Prozent der abhängig Beschäftigten, sind in der zweiten Jahreshälfte 1970 die Lohn- und Gehaltstarifverträge kündbar. Der größte Teil entfällt auf die Metallverarbeitung bzw. Eisen- und Stahlindustrie. Wie auf Kommando haben Unternehmerverbände, Großbanken, bürgerliche Wirtschaftsinstitute und Regierungsvertreter eine fast schon hysterische Hetzkampagne gegen die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften in Gang gesetzt. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Gewerkschaften attackiert und bereits im Voraus für mögliche Misere des monopolkapitalistischen Profitsystems verantwortlich gemacht werden.

Zur Zeit konzentrieren sich diese demagogischen Angriffe besonders auf die Höhe der Lohn- und Gehaltsforderungen, weil deren konsequente und kämpferische Durchsetzung zur direkten Schmälerung der Profite führt. In dieser Frage verstehen die Vertreter der Monopole keinen Spaß. Nachdem es ihnen — das schockbedingte Kurtreten der Gewerkschaften ausnutzend — gelungen war, sofort nach der Krise die Gewinne riesenhaft auszuweiten, geht es ihnen jetzt, da die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften den aufgestauten Anteil verlangen, um die Sicherung der überhöhten Profitspannen.

Daß die Bundesregierung, die ja am besten um diese Zusammenhänge weiß, das Intrigenspiel der Monopole mitmacht, ist das Bemerkenswerteste in diesem sich stetig wiederholenden Kampf um den Anteil, der zwischen dem Kapital und den abhängig Beschäftigten ausgetragen wird. Die Unternehmer kennen die schwache Stelle der Gewerkschaften — den Preisfaktor — genau und treiben eine rücksichtslose demagogische Propaganda. Erst haben sie durch hemmungslose Preiserhöhungen die Währungsstabilität gefährdet und eine Atmosphäre der Unsicherheit erzeugt; jetzt lenken sie die Empörung über ihr eigenes Verhalten gegen die Gewerkschaften, indem sie die nachziehenden Lohn- und Gehaltserhöhungen für Preissteigerungen verantwortlich machen.

Statt die Monopole, die großen Im- und Exporteure sowie Handelsgesellschaften für deren volkswirtschaftlich verantwortungsloses Verhalten zur Rechenschaft zu ziehen und öffentlich bloßzustellen, unterstützen Bundesbank und Bundeswirtschaftsministerium mit Zurschaustellung von „Besorgnis“ über angebliche Gefahren der Lohnentwicklung die antigewerkschaftliche Propaganda. Die Gewerkschafter dürfen sich dadurch nicht beirren lassen und müssen mit Konsequenz ihre berechtigten Forderungen vertreten. G. S.

Chemie-Erfolg in Hamburg

Höchstes Ergebnis in der Lohnrunde der Chemieindustrie Streiks und Kampfmaßnahmen haben nachgeholfen

In den meisten Tarifbezirken der chemischen Industrie der Bundesrepublik sind die Abschlüsse in der diesjährigen Lohn- und Gehaltsbewegung bereits unter Dach und Fach. Den größten Erfolg erzielte die IG Chemie-Papier-Keramik in Hamburg, wo die Unternehmer unter dem Druck von spontanen Streiks und der Vorbereitung von Urabstimmungen in einigen Großbetrieben die Forderungen der Gewerkschaft fast in voller Höhe erfüllten.

Nachdem am 4. Juni die Bundes-schlichtung in Wiesbaden gescheitert war, bestand für die Gewerkschaft keine Friedenspflicht mehr. In Hamburg begannen in mehreren Betrieben die Vorbereitungen für die Durchführung der Urabstimmung über Kampfmaßnahmen. Vom 9. bis 11. Juni kam es in einigen Großunternehmen der Chemieindustrie Hamburgs zu spontanen kurzfristigen Warnstreiks: In der Beiersdorf AG legten annähernd 2000 Arbeiter die Arbeit nieder; der Streik erfaßte die meisten Abteilungen; rund 100 Arbeiter legten an zwei Tagen für einige Stunden in der Norddeutschen Affinerie die Arbeit nieder; gestreikt wurde ferner in der Kupferhütte Ertel & Co., in den Adredta-Werken und den Leonar-Werken von Agfa-Gevaert.

Unter dem Druck dieser Entwicklung erklärten sich die Chemieunternehmer zu neuen Zugeständnissen bereit, die in der Nacht vom 11. zum 12. Juni zu folgenden Vereinbarungen führten:

■ Die Löhne werden rückwirkend vom 1. Mai 1970 an in Lohngruppe I um 60, in Lohngruppe II um 63, in Lohngruppe III um 65 und in Lohngruppe IV um 69 Pfennig pro Stunde erhöht.

■ Die Gehälter werden entsprechend um 13,5 Prozent erhöht.

■ Für Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge wird die stufenweise Einführung eines 13. Monatseinkommens tarifvertraglich vereinbart: für 1970/71 eine erste Stufe in Höhe von 50 Prozent und 1972 von 75 Prozent eines Monatseinkommens. Die Endstufe (100 Prozent) wird im nächsten Lohn- und Gehaltstarifvertrag 1971 vereinbart werden.

■ Der neue Tarifvertrag hat eine Laufzeit von zwölf Monaten. Arbeiter und Angestellte, die an Streiks und Protestaktionen beteiligt waren, dürfen nicht gemäßregelt werden.

Die Lohn- und Gehaltserhöhungen für die rund 22 000 Arbeiter und Angestellten der Hamburger chemischen Industrie betragen damit zwischen 103,80 und 120 DM oder 13,5 Prozent. Die ursprüngliche Forderung der IG Chemie-Papier-Keramik bezüglich der Anhebung der Löhne und Gehälter

hatte etwa 15 Prozent betragen. Die Forderung nach Tarifierung eines 13. Monatseinkommens hatte genau dem erzielten Ergebnis entsprochen. Die Lohnerhöhung in Hamburg liegt um etwa 2 Prozent über dem Ergebnis in anderen Tarifbezirken.

Aber die Hamburger Streiks haben noch zwei weitere Ergebnisse gebracht: Die erkämpften 69 Pfennig wirken sich auf den Lohn voll aus; die Gewerkschaft hat es in diesem Bezirk abgelehnt, einer sogenannten „Vorwegloohnerhöhung“ von 20 Pfennig auf den Tariflohn zuzustimmen. Auf diese Weise wurden in anderen Tarifbezirken zwar auch bis 69 Pfennig Tarifloohnerhöhung erreicht, aber nur 49 Pfennig sind wirksam geworden, während die übrigen 20 Pfennig lediglich die Spanne zwischen Tariflohn und Effektivlohn verringern.

Schließlich wurde vom Hamburger Bezirk der IG Chemie auch die Absicht der Unternehmer zurückgewiesen, zu Lasten der effektiven Lohn- und Gehaltserhöhung einen Sparförderungsvertrag nach dem 312-DM-Gesetz abzuschließen. Darüber soll später und unabhängig von einer Lohnbewegung verhandelt werden. Ein Rechenexempel ergibt, daß das um 20 Pfennig gegenüber anderen Bezirken höhere Effektivergebnis den Arbeitern und Angestellten jährlich rund 100 DM mehr einbringt als das 312-DM-Zwangssparen-Geld, die überdies sofort verfügbar sind und in dieser Phase der Wirtschaftsentwicklung konjunkturstützend wirken können.

Außer in Hamburg wurden im Juni auch in Bayern und Nordrhein für zusammen 260 000 Beschäftigte der chemischen Industrie neue Lohn- und Gehaltstarifverträge abgeschlossen. In Nordrhein beträgt die Lohn- bzw. Gehaltserhöhung 47 bis 49 Pfennig bzw. 11 Prozent, die rückwirkend ab 1. April in Kraft treten. Ferner wurde ein Sparförderungsvertrag nach dem 312-DM-Gesetz abgeschlossen. Ebenso wie in Bayern wurde in einer „Vorweganhebung“ des Tariflohnes der Abstand zum Effektivlohn um rund 20 Pfennig je Stunde verringert. In Bayern, wo die effektive Lohnerhöhung ebenfalls 47 bis 49 Pfennig beträgt, wurde noch eine Jahresabschlußzahlung in Höhe von 35 Prozent eines Monatsverdienstes vereinbart. G. S.

Großbanken wollen kassieren

Kampf um die Milliarden aus dem Zwangssparen Metallarbeiter sollten Gewerkschaftsbank wählen

Der am 1. Juli 1970 in Kraft getretene Tarifvertrag über sparfördernde Leistungen für die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie hat die Monopolbanken veranlaßt, eine kostspielige Werbekampagne in den Betrieben zu starten. Sie wollen, daß die Lohnabhängigen bei ihnen Sparkonten einrichten und der für mindestens sechs Jahre vorenthaltene Lohn dem Großkapital als zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung steht.

Wenn auch die einzuzahlenden Sparbeiträge von 312 DM jährlich für den einzelnen Arbeiter lächerlich gering sind und nicht das geringste mit „Vermögen“ zu tun haben, so summieren sich doch diese Gelder bei den vier Millionen Beschäftigten der Metallindustrie auf 5 bis 7 Milliarden Mark im Jahr. Den Monopolbanken ist es ein Dorn im Auge, daß viele Arbeiter und Angestellte bei der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft bzw. ihrer Tochter, der Bank für Spareinlagen und Vermögensbildung (BSV), Sparkonten anlegen.

Mit Briefen und persönlichen Besuchen bei Betriebsräten versuchen Vertreter der großen Banken die Belegschaften unter Druck zu setzen oder erweisen sich nicht kleinlich im Versprechen von Kopfpriämien für den Abschluß von Sparverträgen. In einem Brief der Deutschen Bank an den Betriebsrat eines Großbetriebes in Rheinland-Pfalz heißt es zu der Sparanlage vieler Arbeiter und Angestellter bei der BSV: „Eine solche Entwicklung kann nicht im Interesse freier Unternehmer und einer freien Marktwirtschaft liegen. Aber sie liegt auch nicht im Interesse der betroffenen Arbeitnehmer, deren Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt wird.“

Zugleich luden sich die Vertreter der Deutschen Bank unaufgefordert zu einem Gespräch bei dem betreffenden Betriebsrat ein. In vielen Betrieben laufen die Aktionen der Monopolbanken parallel mit den Bestrebungen des eigenen Unternehmers, die Arbeiter zu veranlassen, die Sparkonten bei der jeweiligen Hausbank anzulegen. Damit verfolgen sie die Absicht, die zwangsgesparten Lohnbestandteile als Kredit zu erhalten und auch auf diesem Wege die Ausbeutung der Arbeiter noch mehr zu verschärfen. Es geht der Deutschen Bank nicht um eine angebliche „Entscheidungsfreiheit“ der Arbeiter und Angestellten, sondern darum, mit dieser Art Teilhabe an den Löhnen und Gehältern noch mehr Profite zu scheffeln.

Das Vorgehen der Großbanken sollte die Arbeiter und Angestellten veranlassen, in der Vierwochen-Frist nach dem 1. Juli 1970 die Sparverträge mit der gewerkschaftlichen BSV abzuschließen. Aber damit allein ist es bei der gegenwärtigen Geschäftspolitik

dieser Bank noch nicht getan. Zugleich sollte über die Vertrauensleutkörper und Betriebsräte in den Betrieben sowie über die Vertreterversammlungen der IG Metall von der BSV gefordert werden, diese Mittel im Interesse der Lohnabhängigen zu verwenden. Beispielsweise könnte durch den Bau von Wohnungen mit günstigen Mieten dem Mietwucher entgegengewirkt werden.

Noch wichtiger ist es, unter den Kollegen Aufklärungsarbeit über eine angebliche Vermögensbildung in Arbeiterhand zu leisten und die von den Unternehmern zusammen mit dem kapitalistischen Staat verbreiteten Illusionen vom künftigen Eigentum an den Produktionsmitteln zurückzuweisen. Schon triumphieren die Unternehmer, es sei ihnen gelungen, mit dem Sparförderungs-Tarifvertrag den Betriebsfrieden zu wahren. Sie spekulieren jetzt darauf, daß in den nächsten Wochen die Betriebsräte und Vertrauensleutkörper sich voll und ganz mit dieser Sparförderung beschäftigen und davon abgehalten werden, die im September bevorstehende Lohnbewegung vorzubereiten. Die Mobilisierung der Mitglieder für diese Tarifauseinandersetzung und die Durchsetzung einer Lohn- und Gehaltsforderung von 15 Prozent oder 1 DM mehr je Stunde vermag die Spekulation der Unternehmer zu durchkreuzen.

W. Petschick

PEINLICHE BEFRAGUNG

Der DGB will es jetzt wissen, damit es auch die Öffentlichkeit erfährt: Wie sieht die Kostenentwicklung in den Betrieben wirklich aus? Darum hat der DGB der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) vorgeschlagen, in 90 repräsentativen Unternehmen eine gemeinsame Kostenanalyse zu machen.

Bekannt ist, daß der Anteil der Lohn- und Gehaltskosten an den Produktionskosten infolge Preiserhöhungen und Rationalisierung heute niedriger ist als 1965 und daß trotzdem die Unternehmer die Preise kräftig steigern mit der Behauptung, die Lohnforderungen seien schuld. Wer das

behauptet und die Verbraucher kräftig zur Ader läßt, muß sich eine öffentliche Überprüfung dieser Behauptung gefallen lassen.

Da aber wird die Sache brenzlig. Für die Unternehmung natürlich. Formal hat die BDA dieser Forderung zugestimmt. Aber die Einwände haben es in sich: erst einmal sei zu bezweifeln, daß sich die betroffenen Unternehmen zu einer exakten Analyse ihrer Kosten- und Ertragsentwicklung bereit finden werden; dann sei es sowieso besser, nicht in die Unternehmen reinzurücken, sondern die offiziellen Daten über ganze Branchen zu verwenden. Und überhaupt soll zunächst einmal eine Testanalyse angefertigt werden, um zu sehen, ob sie zum Ziel führt.

Den Unternehmern wird der Boden unter den Füßen heiß, wenn es darum geht, die Bücher aufzuschlagen. „Gläserne Taschen“, in die man hineingucken kann, sind ihnen ein Grauel. Die Gewerkschaften könnten bestätigt finden, was sowieso wissen: Die Preiserhöhungen, die in diesem Jahr eine allgemeine Teuerung um 4 Prozent bringen werden, sind willkürlich und von der Kostenseite her nicht zu belegen. Die „peinliche Befragung“ sollte den Monopol- und Konzernbetrieben nicht erspart bleiben.

Dixi

Über 800 DM verdienen die wenigsten

Das jetzt veröffentlichte Ergebnis einer Repräsentativerhebung des Statistischen Bundesamtes widerlegt das Gerede der Unternehmer von den hohen Löhnen. In Wirklichkeit haben 80,3 Prozent aller Arbeiter in der Bundesrepublik nur ein monatliches Nettoeinkommen bis 800 DM. Darin sind auch die Nebeneinnahmen, wie Sparzinsen und sonstige, enthalten. Nur 19,7 Prozent der Arbeiter verdienen mehr als 800 DM netto. Bei den Angestellten verdienen 56 Prozent bis 800 DM und 44 Prozent darüber hinaus. Am wenigsten verdienen die erwerbstätigen Frauen. 58,3 Prozent der Arbeiterinnen verdienen nach der Umfrage nur zwischen 300 und 600 DM, über 800 DM bekommen nur 1,1 Prozent. Von den weiblichen Angestellten verdienen 84 Prozent bis 800 DM netto und nur 16 Prozent darüber.

Stetige Kapitalkonzentration

Bis zum Jahresende 1969 ist die Zahl der Aktiengesellschaften, die am 1. Januar 1963 noch 2560 lautete, auf 2317 zurückgegangen, wie die Statistik feststellt. Das Nominalkapital dieser AG's stieg in der Zeit jedoch um 46 Prozent auf 54,9 Milliarden DM — ein Ausdruck des stetig fortschreitenden Konzentrationsprozesses.

Vermögen umverteilen

DKP-Stellungnahme zur „Vermögensbildung“ Keine Ersatzmaßnahmen für Mitbestimmung

Das Referat für Wirtschafts- und Sozialpolitik beim Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei hat im vergangenen Monat eine Stellungnahme zur sogenannten „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ veröffentlicht. Wir informieren unsere Leser über die wichtigsten Forderungen und Alternativen der DKP und hoffen, damit der schon seit Monaten in NACHRICHTEN geführten Diskussion neue Anregungen zu geben.

Nach einer Analyse der ungerechten Eigentumskonzentration in den Händen des Monopolkapitals und des von ihm beherrschten Staates fordert die DKP eine echte Neuordnung der Besitz- und Vermögensverteilung und schlägt als erste Schritte vor:

■ „Sofortige Erhöhung der Löhne um 15 Prozent, Umwandlung des Weihnachtsgeldes in ein tariflich gesichertes 13. Monatsgehalt; das Urlaubsgeld muß wenigstens 50 Prozent eines Monatslohnes betragen. Die rasch wachsende Arbeitsproduktivität, Rationalisierung und die Gewinnlage gestatten in acht Jahren eine Erhöhung der Reallöhne und Gehälter um 100 Prozent.

■ Die Preisflut ist sofort zu stoppen. Jedes Prozent verhinderte Preissteigerung sichert eine zusätzliche Kaufkraft von sechs Milliarden Mark und garantiert auch mehr Sicherheit vor einem eventuellen Konjunkturrückschlag. Die Produktivitäts- und Aufwertungsgewinne sind als Preissenkung weiterzugeben.

■ Gesetzlicher Mietestopp, Einführung einer Sozialmiete für die arbeitende Bevölkerung, Rentner, kinderreiche Familien und Jungehen. Durch staatliche Wohngeldregelung ist zu sichern, daß generell die Miete für eine familiengerechte Wohnung nicht mehr als zwölf Prozent des Durchschnittseinkommens des abhängig Beschäftigten beträgt.

Zugleich muß eine der Hauptquellen der Reichtumskonzentration, die Politik der staatlichen Subventionen und Steuervergünstigungen an das Großkapital, verstopft werden. Eine demokratische Steuerreform muß die Großvermögen und Konzernprofite stärker belasten. Darum fordern wir Kommunisten:

■ Der Arbeitnehmerfreibetrag bei der Lohnsteuer ist so zu erhöhen, daß alle niedrigen Einkommen bis zu 800 DM monatlich von der Lohnsteuer befreit werden. Der Arbeitnehmerfreibetrag ist zu verdreifachen. Die Lohnsteuer ist so zu gestalten, daß sie zu einer Steuerentlastung führt.

■ Die Einkommenssteuer der Großvermögen ist so zu erhöhen, daß sie von jetzt 53 Prozent bis zu 80 Prozent anwächst.

■ Die Erbschafts- und Vermögenssteuer soll, bei Entlastung der kleinen und mittleren Vermögen, zu einer stärkeren Belastung der großen Vermögen und Vermögensübertragungen führen.

■ Die Abzugsfähigkeit bei der Einkommenssteuer der Großverdiener ist aufzuheben. Wirksame Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht sind einzuleiten. Die Dividende für Großaktionäre muß gesetzlich beschränkt werden.

Wir Kommunisten sagen: die Wirtschaft muß dem Volk nutzen. Darum muß die Vormacht der Großkonzerne gebrochen werden. Demokratischer Fortschritt, soziale Sicherheit und bessere Lebensbedingungen erfordern einen grundlegenden Wandel:

■ Die Überführung der Schlüsselindustrien, der Großbanken und der marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum bei maßgebender Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften...

■ Der erste Schritt auf diesem Wege ist die Mitbestimmung. Sie soll zum Hebel werden, um sichere Arbeitsplätze, stabile Preise, höhere Löhne und Gehälter, verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen, moderne Bildung und Berufsbildung durchzusetzen.

Diesen Sofortmaßnahmen folgt eine Auseinandersetzung mit der praktizierten „Vermögensbildung“ nach dem 312-DM-Gesetz, mit den Plänen der CDU/CSU und der Unternehmerverbände sowie mit den Vorschlägen der SPD und den kürzlich abgeschlossenen Sparförderungs-Tarifverträgen. Die DKP kommt zu dem Ergebnis:

„Alle diese Praktiken und Pläne beschleunigen die Konzentration des Großkapitals und der Produktionsstätten in den Händen der Konzerne und Großbanken und schwächen damit die gesellschaftliche Position der Arbeiterklasse. Nicht zuletzt soll die sogenannte ‚Vermögensbildungs-Politik‘ als Wall den Wirkungen des Beispiels des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln in der DDR entgegengestellt werden. Die Arbeiter und Angestellten sollen sich über kleine Sparteilgungen mit den sozialen Widersprüchen des Spätkapitalismus abfinden.“

Durch die verschiedenen Spar- und Beteiligungssysteme, Volksaktien und Investivlohn sollen vor allem die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften unterlaufen werden, sollen die Arbeiter und Angestellten an das monopolkapitalistische Herrschaftssystem gebunden und vom Kampf um soziale Forderungen und politische Rechte abgehalten werden. Alle diese Konzeptionen zielen letztlich auch auf eine Schwächung der Positionen der Gewerkschaften hin.

Diese Absichten des Monopolkapitals und der CDU/CSU sowie der Regierung sind nicht nur eine gefährliche soziale Irreführung der arbeitenden Menschen, sondern auch eine besondere Methode, um die Integrationspolitik in der Arbeiterbewegung ökonomisch abzusichern. Diese Politik hat bereits in den Gewerkschaften einen bestimmten Einfluß erlangen können.“

Im weiteren Teil der Stellungnahme äußerte sich die DKP zu der in den Gewerkschaften diskutierten Bildung von Fonds, die aus den Profiten des Großkapitals gespeist und allein von den Arbeitern und Angestellten sowie ihren Gewerkschaften selbst verwaltet werden sollten:

„Solche Fonds werden bei den bestehenden Besitz- und Machtverhältnissen und unter dem Motto einer sogenannten Vermögensbildung eine zusätzliche Finanzierungsquelle des Großkapitals sein, und damit letztlich zu noch mehr Macht und Besitz in den Händen weniger Finanzmonopole beitragen...“

Nur bei einer umfassenden Mitbestimmung in den Betrieben und im überbetrieblichen Raum, beim planmäßigen Einsatz solcher Fondsmittel im Bereich der öffentlichen Wirtschaft und zur Neuschaffung eines gemeinschaftlichen Sektors könnte von der ökonomischen Seite her der Profit- und Machtpolitik des Monopolkapitals entgegengewirkt werden. Das wiederum stellt die Durchsetzung demokratischer Reformen in der Wirtschaft, wie die Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen und der Banken und Großversicherungen in demokratisch verwaltetes öffentliches Eigentum und die Durchsetzung einer demokratischen Wirtschaftsplanung bei umfassender Mitbestimmung auf die Tagesordnung.

In Verbindung mit solchen grundlegenden antimonopolistischen Reformen können gesellschaftliche Fonds eine ökonomische Bedeutung für die Arbeiterklasse erlangen. Gemeinsam mit dem in öffentlichem Besitz befindlichen Wirtschafts- und Finanzsektor könnten sie als ökonomische Kampfinstrumente gegen die private Monopolkraft eingesetzt werden und insofern eine bestimmte Rolle im Kampf um die Zurückdrängung der Macht der Monopole spielen.“

W. P.

Bundshaushalt '70

Hohe Rüstungslasten – mangelhafter Sozialetat SPD/FDP-Regierung macht der CDU/CSU Attacken leicht

Der im Bundestag nach heftiger Debatte verabschiedete Bundshaushalt 1970 steht in einem gravierenden Widerspruch zu den Aussagen des Bundeskanzlers Willy Brandt, der in seiner Regierungserklärung eine Politik der Erneuerung und der Sozialreformen versprochen hat. Wie in den Bundesetats der vorhergegangenen CDU/CSU-Regierungen, ist auch der Bundesetat 1970 mit 20,3 Milliarden DM auf die Rüstung orientiert, die also auch in der Haushaltspolitik der SPD/FDP-Regierung Priorität genießt.

Die 20,3 Milliarden DM, die für den Militärhaushalt offen ausgewiesen werden, erhöhen sich aber noch um die Mittel, die für die US-Besatzungstruppen, für Hilfen an die Rüstungsindustrie und militärisch bedingte Infrastruktur ausgegeben werden, sowie um die Kriegsfolgelasten auf mehr als 25,5 Milliarden DM. Fast ein Drittel der Gesamtausgaben des Haushaltes von 91 Milliarden DM wird also für Rüstung und sonstige militärische Ausgaben verschleudert. Damit setzt die Regierung Brandt/Scheel die von Adenauer eingeleitete und von Strauß, Erhard und Kiesinger übernommene Politik der Rüstung und verstärkten Militarisierung fort.

Daß bei diesem absoluten Vorrang der Militärausgaben die dringenden sozial- und bildungspolitischen Aufgaben ungelöst bleiben, ergibt sich aus der Tatsache, daß im Gegensatz zum Rüstungsetat der Aufstockungsbetrag im Bereich der Sozialversicherung, der Familien- und Jugendhilfe, des Arbeitsschutzes, der Berufsausbildung, Gesundheit, für Sport und Erholung, gegenüber 1969 noch nicht einmal 1 Prozent beträgt.

Die gleiche Unzulänglichkeit, um nicht zu sagen Unverantwortlichkeit, zeigt sich in den übrigen Bereichen der Sozialinvestitionen. So werden zur Förderung des Wohnungsbaus trotz rapide steigender Baupreise und Mieten nur ganze 200 Millionen DM von 91 Milliarden ausgewiesen. Für den Bau von Autobahnen und Bundesstraßen ist eine Zunahme von nicht einmal 400 Millionen Mark vorgesehen, ein Betrag, der auch nicht im geringsten ausreicht, die katastrophale Situation auf den bundesdeutschen Straßen spürbar zu mildern. Von grundlegenden Lösungen im Zuge einer Sozialreform, die noch in der Regierungserklärung Willy Brandts eine bedeutende Rolle gespielt hat, kann keine Rede sein.

Auch in der Bildungs- und Ausbildungspolitik können infolge der überhöhten Rüstungsausgaben nicht einmal die dringend notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Für das gesamte Bildungswesen, für Wissenschaft, Forschung und Kultur, werden nur 3,4 Milliarden DM veranschlagt, das sind ein Zehntel der Ausgaben, die für das Militär vorgesehen sind.

Für Ausbildungsförderung und berufliche Weiterbildung, ein besonders für die Arbeiterschaft vorrangiges Problem, ist nicht einmal ein halbes Prozent des Gesamtetats, nämlich nur 378 Millionen DM, vorgesehen. Wo bleibt da die von der Bundesregierung angekündigte großzügige Bildungsreform, die außer einer grundsätzlichen Änderung des Bildungsinhaltes für die nächsten zehn Jahre nach den Feststellungen der Bildungssachverständigen 100 Milliarden DM an Mitteln braucht, um den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution unserer Tage gerecht zu werden?

Auf der Einnahmeseite des Haushaltes sind rund 10 Milliarden DM an Steuermehraufkommen eingeplant. Wie bisher sollen sie überwiegend aus der Lohnsteuer und den Verbrauchssteuern resultieren. Nach wie vor bleiben die Steuervergünstigungen für Großunternehmen und für Millionäre auch bei dieser sozialdemokratisch geführten Regierung unangetastet, und es bleiben die unsozialen haushalts- und steuerpolitischen Leitlinien, wie sie von den CDU/CSU-Regierungen in ihrer zwanzigjährigen Herrschaft praktiziert wurden.

Das Beharren der Bundesregierung auf den Vorrang bei den Rüstungsausgaben steht auch im Widerspruch zu den Beteuerungen Willy Brandts, seine Politik sei auf den Frieden und auf die Verständigung ausgerichtet. Der nun in Bonn angenommene Bundshaushalt macht das Bekenntnis zu einer Gewaltverzichts- und Abrüstungspolitik ungläubwürdig.

Der Bundshaushalt 1970 wird sich für die SPD weiter negativ auswirken. Die Stimmengewinne der CDU bei den Landtagswahlen beruhen zu einem wesentlichen Teil auf der Enttäuschung vieler sozialdemokratischer Wähler über die steigenden Preise und Mieten, über verschleppte Reformen und die nicht erfüllten sozialen Versprechungen der Bundesregierung. Die Vernachlässigung sozialer Aufgaben zugunsten einer unsinnigen Rüstung wird es der CDU/CSU leicht machen, mit der ihr eigenen Demagogie die Bevölkerung zu verwirren, indem sie auf die sozialen Versäumnisse der Regierung hinweist.

Erst eine fühlbare und systematische Senkung der Rüstungsausgaben könnte die Regierung Brandt/Scheel in die Lage versetzen, ein umfassendes Programm sozialer Reformen durchzuführen und die Bildungsstruktur in der Bundesrepublik den Erfordernissen unserer Zeit anzupassen. Sie wäre darüberhinaus ein sichtbares Beispiel der Ernsthaftigkeit ihrer Friedenspolitik.

Wenn dazu ernsthafte Schritte zu einer fortschrittlichen und sozial gerechteren Steuerpolitik eingeleitet würden, um die hohen Gewinne der Großunternehmen und der Millionäre abzuschöpfen zugunsten der breiten Masse der Bevölkerung, wäre gleichzeitig ein Anfang für eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung getan. sr

Lohnfortzahlung und doch niedrigster Krankenstand

„Am 31. März 1970 hatten wir im Vergleich zu den Vorjahren trotz Lohnfortzahlung den niedrigsten Krankenstand zu verzeichnen.“ Diese Feststellung traf der Vorstandsvorsitzende der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bremen, Thiele, bei der Erläuterung der Jahresrechnung 1969 vor der Presse. Da die AOK Bremen mit fast 160 000 Mitgliedern zu den großen Krankenkassen in der Bundesrepublik zählt, hat die von ihrem Vorstandsvorsitzenden bekanntgegebene Entwicklung des Krankenstandes nach Inkrafttreten der Lohnfortzahlung für Arbeiter zweifellos Allgemeingültigkeit und ist kein Ausnahmefall.

Damit hat die Praxis wieder einmal die Fragwürdigkeit der Unternehmerargumente bewiesen, die in den Jahren der Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung die Arbeitsmoral der Arbeiter in der Bundesrepublik in schamloser Weise mit der Behauptung in Zweifel zogen, nun würden die Krankenziffern sprunghaft in die Höhe gehen. Den Unternehmern und ihren Verbänden sollte man Feststellungen wie die der Bremer Allgemeinen Ortskrankenkasse heftig um die Ohren schlagen. B.

Konfliktkommissionen werden gewählt

In den Betrieben der DDR hat die Wahl zu den Konfliktkommissionen begonnen. Die Kommissionen sind gesellschaftliche Gerichte, die sowohl arbeitsrechtliche Streitigkeiten klären als auch Rechtsverletzungen geringeren Umfanges behandeln und zur Beseitigung der Ursachen von Konflikten und zur Erhöhung der Rechtssicherheit beitragen sollen.

Konfiskatorische Steuern?

Statistik gibt Antwort auf eine aktuelle Frage Lohnsteuern überflügeln die Profitsteuern

In den letzten Wochen und Monaten wird von den Unternehmern und ihrer Presse keine Gelegenheit versäumt, um in immer neuen Varianten das Gespenst angeblich drohender „konfiskatorischer Steuern“ an die Wand zu malen. Besonderen Auftrieb haben diese „Schreckensmeldungen“ erhalten, nachdem gegen den Willen des SPD-Vorstandes auf dem Saarbrücker Parteitag beschlossen worden war, bis Ende 1971 einen außerordentlichen Parteitag zu Fragen der Gesellschafts- und Steuerpolitik durchzuführen.

Über die Absichten der SPD/FDP-Regierung in Bonn hat sich Finanzminister Möller Anfang Juni auf einem Herrenabend des Bundesverbandes des deutschen Großhandels im Ambassador-Club des Steigenberger-Hotels in Bonn ausgelassen. Danach ist beabsichtigt, die Steuerlastquote von 1969 bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode und auch in der weiteren mittelfristigen Finanzplanung unverändert beizubehalten. Aber, so fügte Möller hinzu, jeder Finanzminister habe die Sorge, ob er das auch durchhalten könne. Da in den nächsten Jahren einige bisher erhobene Steuern auslaufen bzw. verringert werden, z. B. die Investitionssteuer und die Heizölsteuer, müßten Erhöhungen anderer direkter Steuern dafür den Ausgleich bringen. Das soll spätestens mit Hilfe der Steuerreform geschehen, die Anfang 1974 in Kraft treten soll.

Da Möller in diesem Zusammenhang wörtlich erklärte: „Ein Werk wie die Steuerreform kann nur gelingen und Bestand haben, wenn sie von einer breiten Mehrheit im Bundestag getragen wird“, möchte er also offensichtlich zumindest einen erheblichen Teil der CDU/CSU-Opposition des Bundestages für dieses Gesetzeswerk gewinnen. Deren Vorstellungen jedoch, das hat die bisherige Steuerentwicklung in der Bundesrepublik eindeutig bewiesen, sind völlig auf eine steuerliche Entlastung der Profite zugunsten der Werktätigen programmiert.

Sehen wir uns unter diesem Aspekt die Entwicklung der bundesdeutschen Steuereinnahmen in den letzten Jahren an (in Milliarden DM):

Zeit	Steuern insgesamt	darunter Lohnsteuern	Einkommen- und Körperschaftsteuern
1965	105,5	16,7	23,0
1966	112,5	19,1	23,8
1967	114,6	19,6	22,8
1968	121,8	22,1	24,8
1969	145,3	27,1	27,9
I. Quartal 1970	31,6	7,5	6,3
insgesamt*	159,1	33,8	30,7

* geschätzt vom Westberliner DIW

Wenn man diese Zahlen betrachtet, so ist man versucht, eine Satire über den von Willy Brandt in seiner Regierungserklärung strapazierten Slogan „Kontinuität und Wandel“ zu schreiben. Seit ein Sozialdemokrat Wirtschaftsminister der Bundesrepublik ist, sind die Lohnsteuern besonders stark gestiegen. Nachdem es aber auch einen sozialdemokratischen Finanzminister gibt, haben die Werktätigen der Bundesrepublik als Folge der Progression des Lohnsteuertarifs erstmals mehr an Lohnsteuern aufbringen müssen als die Unternehmer an Profitsteuern in Form der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Dabei ist noch besonders zu beachten, daß der größte Teil der übrigen Steuern direkt von den Werktätigen erhoben wird, da z. B. die Mehrwert- bzw. früher Umsatzsteuer sowie Zölle und Verbrauchsabgaben über den Preis der Konsumgüter letztlich auf den Verbraucher abgewälzt werden.

Betrachtet man das Verhältnis der Steuerarten und ihre Entwicklung, so müßte man die von den Monopolen geäußerte „Sorge“ um eine drohende konfiskatorische Steuerpolitik als einen Witz bezeichnen. Gegenüber den gleichen Vorjahreszeiträumen ergibt sich folgendes Bild (in Prozent):

Zeit	Steuereinnahmen insgesamt	darunter Lohnsteuern	Einkommen- und Körperschaftsteuern
1965	+ 6,1	+ 4,0	+ 3,8
1966	+ 6,6	+ 14,4	+ 3,5
1967	+ 1,9	+ 2,6	- 4,2
1968	+ 6,3	+ 12,8	+ 8,8
1969	+ 19,3	+ 22,6	+ 12,5
I. Quartal 1970	- 2,2	+ 23,0	- 4,5
insgesamt*	+ 9,5	+ 24,7	+ 10,0

* nach Schätzungen des Westberliner DIW

Deutlicher noch als die absoluten Zahlen zeigt die vorstehend dargelegte Entwicklung, daß in allen genannten Jahren die Lohnsteuern schneller gestiegen sind als die Profitsteuern der Unternehmer. Mit Ausnahme des Jahres 1965 haben die Lohnsteuern aber bisher auch in jedem anderen Zeitraum schneller zugenommen als die

Steuereinnahmen insgesamt. Und nach den Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in West-Berlin, das mit Schilers Staatssekretär Klaus-Dieter Arndt einen direkten Kontaktmann im Bonner Wirtschaftsministerium besitzt, wird sich diese Tendenz 1970 in besonders starkem Maße vertiefen. Wohin diese Entwicklung bisher schon geführt hat, und im laufenden Jahr noch führen wird, ist klar zu erkennen, wenn die Anteile der Lohn- und Profitsteuern am gesamten Steueraufkommen nebeneinandergestellt werden (in Prozent):

Zeit	Lohnsteuern	Einkommen- und Körperschaftsteuer
1965	15,7	22,6
1966	16,8	20,9
1967	16,9	19,6
1968	17,9	20,1
1969	18,7	19,3
I. Quartal 1970	23,7	19,9
insgesamt*	21,2	19,3

* nach Schätzungen des Westberliner DIW

Während also der Anteil der Lohnsteuern in den letzten Jahren ziemlich kontinuierlich gestiegen ist und 1970 sogar sprunghaft zunahm, ist demgegenüber der Anteil der Profitsteuern mit gewissen Schwankungen ebenso kontinuierlich gesunken und wird nach Schätzung des DIW 1970 konstant bleiben. Nur für diesen Bereich trifft demnach zu, was Finanzminister Möller den Unternehmern über die „unveränderte Steuerlastquote“ zugesagt hat.

Gleichzeitig muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß die bisher festzustellende Tendenz der verstärkten Belastung von Werktätigeneinkommen in den kommenden Jahren noch weitergeführt wird. Nicht umsonst wird gerade von führenden SPD-Politikern immer wieder mit Nachdruck betont, daß die Durchführung der im Regierungsprogramm angekündigten Reformen viel Geld kosten wird. Zwar soll das mit Hilfe einer verstärkten Staatsverschuldung finanziert werden. Demgegenüber hat aber Bundesbankpräsident Klagen erst kürzlich in einem Interview dafür plädiert, die vorgesehenen Reformpläne durch Steuererhöhungen zu finanzieren.

Wenn die Mittel nicht ausreichen, um alle dringenden Aufgaben zu erfüllen, dann müsse man verlangen können, daß der einzelne dafür Opfer bringt. Wem diese Opfer zugemutet werden — diese Frage beantwortet sich aufgrund der dargestellten Entwicklung eigentlich von selbst. Und gleichzeitig damit beantwortet sich auch die Frage, ob es gegenwärtig schon eine konfiskatorische Steuerpolitik gibt und wer davon unmittelbar betroffen wird.

Dr. Stephan Andrá

Die Westberlin-Hürde des DGB

FDGB-Antwort auf erneute Ablehnung Magdeburgs Ein Papier des FDGB zur Westberlin-Frage

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter widersprach in einer „Zwischenbilanz der Ostkontakte“ Mitte Juni dem Eindruck, „daß die Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik in irgendeiner Weise mit der harten Linie der Opposition gegenüber der Ostpolitik übereinstimmen würde“. Gewiß wird man unterstellen können, daß die DGB-Führung der Regierung Brandt in der Ostpolitik keine Knüppel zwischen die Beine werfen will. Indem sie aber mit dem Hochspielen der Westberlin-Frage die von der Masse der Gewerkschaftsmitglieder geforderten Kontakte zum FDGB blockiert und verständigungsfeindliche Emotionen weckt, leistet sie dem Bundeskanzler, sollte er wirklich Verständigung suchen, einen Bärendienst. So hart es klingen mag, aber „in irgendeiner Weise“ dient diese Haltung des DGB-Bundesvorstandes — ob er das will oder nicht — den Scharfmachern vom Schlage eines Strauß und nicht der Mannschaft um Willy Brandt.

Die abermalige Ablehnung des DGB-Bundesvorstandes, zum Gespräch mit dem FDGB-Bundesvorstand nach Magdeburg zu fahren, weil dadurch die Zugehörigkeit West-Berlins zum DGB in Frage gestellt werde, hat den FDGB-Bundesvorstand zu einem ausführlichen Antwortschreiben veranlaßt, das am 8. Juni 1970 im Hause des DGB in Düsseldorf übergeben wurde. Außerdem hat der FDGB ein Papier in Umlauf gesetzt, das die Nachkriegsentwicklung der Berliner Gewerkschaftsbewegung schildert.

In dem Antwortschreiben an den DGB äußert der FDGB Zweifel, „ob die Worte des Bundesvorstandes des DGB über seine Bereitschaft zu Gesprächen im Interesse der Verbesserung der Beziehungen der Völker, zur Sicherung des Friedens und zum Wohlergehen der arbeitenden Menschen ernst gemeint sind und der DGB-Bundesvorstand auch gewillt ist, sie in die Tat umzusetzen“. Der DGB erklärt abermals seine Bereitschaft, mit dem DGB in Magdeburg zu verhandeln und ein zweites Gespräch in Düsseldorf oder einem anderen Ort in der Bundesrepublik zu führen. Es könne auch in Betracht gezogen werden, die erste Zusammenkunft in Magdeburg sogleich an einem zweiten Tag auf bundesdeutschem Boden, etwa in Braunschweig, fortzusetzen.

Das Verlangen des DGB, nur in Ostberlin verhandeln zu wollen, bei Anreise über Westberlin, wird „ganz entschieden“ zurückgewiesen als Versuch, gegenüber dem FDGB „bestimmen zu wollen, in welchen Ort der Deutschen Demokratischen Republik er eine Delegation des Bundesvorstandes des DGB einladen darf und wohin nicht. Das ist ureigenste Angelegenheit des FDGB.“ Weiter heißt es in dem Schreiben: „Die von Ihnen aufgestellte Vorbedingung ist Wasser auf die Mühlen von verständigungsfeindlichen Kräften. Das richtet sich nicht zuletzt gegen die Interessen der Westberliner Arbeiter, Angestellten und Gewerkschafter, denen ein Abbau

der Störenfried-Rolle Westberlins nur zugute käme.“

In dem Brief, der entgegen der früheren Gepflogenheit vom DGB-Bundesvorstand noch nicht veröffentlicht wurde, tritt der FDGB auch der Behauptung entgegen, seine Unterhändler seien in letzter Minute mit der „Westberlin-Vorbedingung“ gekommen. Der FDGB schildert den Sachverhalt so:

„In einem technischen Vorgespräch am 18. März 1970 im Hause des DGB in Düsseldorf wurde Einigung über die Zusammensetzung der Delegationen, den Termin der Begegnung, die Tagungsstätte sowie den technisch-protokollarischen Verlauf erzielt. Deshalb konnte die Arbeitsgruppe des FDGB am Schluß des Vorgesprächs die höfliche Frage stellen, an welchem Grenzort wir als Gastgeber die Delegation des DGB begrüßen könnten. Niemand war von unserer Seite die Frage Westberlin in die Debatte geworfen worden. Aber nunmehr kam die erste durch den DGB gestellte Vorbedingung. Der DGB-Vorstand ließ antworten, daß er nicht, wie in solchen Fällen üblich, über die Grenze zwischen beiden Staaten, sondern über Westberlin in die DDR einreisen wolle. Westberlin gehört nicht zur Bundesrepublik. Aber der FDGB sollte veranlaßt werden, dem Anspruch der herrschenden Kreise Westdeutschlands auf Zugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik direkt oder indirekt zuzustimmen.“

Offenkundig hat also die Weigerung des FDGB, die DGB-Bedingung bezüglich der Anreise zu akzeptieren, nichts mit der Integrität des DGB oder der angeblich in Frage gestellten „Unverletzlichkeit der Gesamtorganisation“, zu der der DGB auch die Westberliner Gewerkschaften zählt, zu tun. Man sieht das drüben von der staatsrechtlichen Seite, und in der Tat können die Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten diesen Aspekt auch gar nicht ignorieren.

In einem „Der FDGB — die einheitliche Gewerkschaftsorganisation für ganz Berlin“ betitelten Papier erinnert der DDR-Gewerkschaftsbund an die Geschichte der Spaltung der Berliner Organisation des FDGB. Entsprechend einem Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin vom 15. Juni 1945, der zugleich der Gründungsauftrag für den gesamten FDGB war, sei in Berlin der einheitliche Gewerkschaftsbund von Kollegen der früheren Gewerkschaften, wie ADGB, AFA-Bund, RGO, die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen Verbände, geschaffen worden.

Über die Motive für die schon drei Jahre später vollzogene Abspaltung einer Westberliner Gruppe im FDGB heißt es in dem Papier: „Als entsprechend dem demokratischen Willen der Arbeiter, Angestellten und ihrer Gewerkschaften auch in Berlin die Überführung von Konzernen und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen in Gemeineigentum sowie die Einziehung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten im Februar 1947 beschlossen wurde, gingen die Vertreter des Monopolkapitals mit aktiver Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte an die Spaltung der einheitlichen Berliner Gewerkschaftsorganisation. So begann Anfang 1947 die zersetzende Fraktionstätigkeit einer sogenannten unabhängigen Gewerkschaftsopposition, genannt UGO, im Berliner FDGB.“

Bekanntlich wurde dann am 26. Mai 1948 auf einer separaten UGO-Konferenz in den Westsektoren Berlins die endgültige Abspaltung vom FDGB vollzogen. Der Beschluß dazu wurde von 800 FDGB-Delegierten, die der UGO anhängen und 8 Prozent aller gewählten Berliner Delegierten ausmachten, nämlich 9595, gefaßt.

Der FDGB wertet diesen Vorgang in dem genannten Papier so: „Die Spaltung des FDGB in Berlin im Mai 1948 war ein entscheidender Schritt auf dem verhängnisvollen Wege der Spaltung der Stadt und der Spaltung Deutschlands durch die imperialistischen Kräfte. Sie leitete eine Entwicklung ein, in der die Macht der Groß- und Rüstungskonzerne in Westberlin und Westdeutschland wiederhergestellt wurde. Diese Politik führte in der Folge dazu, daß Westberlin zum Unruheherd und zum Störenfried gegen die DDR und den Sozialismus gemacht wurde.“

Im weiteren schildert das Papier die unmittelbare Einflußnahme der westlichen Militärregierungen und des US-amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL auf die UGO, ihre finanzielle Unterstützung und die Behinderung der FDGB-Gewerkschafter. Die Darstellung des FDGB erinnert weiter daran, daß der DGB unmittelbar nach seinem Münchener Gründungskongress im November 1949 in Westberlin Verhandlungen über die Aufnahme der UGO führte, die im Juli 1950 auch

erfolgte. Die Bemühungen des FDGB, die Einheit der gesamtberliner Gewerkschaftsorganisation wiederherzustellen, seien vom sogenannten Berlin-Ausschuß des DGB und der UGO im Februar 1950 nachdrücklich zurückgewiesen worden.

Das FDGB-Papier zitiert den DGB-Geschäftsbericht für die Jahre 1950/51, der die Einbeziehung der Westberliner Abspaltung vom FDGB in den Deutschen Gewerkschaftsbund wie folgt beschreibt: „Mit Wirkung vom 1. Juli 1950 wurde dann nach ordnungsgemäß beschlossener Auflösung die bisherige Unabhängige Gewerkschaftsorganisation Groß-Berlin (UGO) als Landesbezirk dem Deutschen Gewerkschaftsbund für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland angegliedert.“ An anderer Stelle des DGB-Geschäftsberichts heißt es: „Die Einbeziehung der Berliner Gewerkschaften geschah bewußt im Vorgriff auf den politischen Anschluß Berlins an die Bundesrepublik.“

Ausdrücklich verweist das FDGB-Papier auf „diese eindeutige politische Motivierung der Spaltung der einheitlichen Berliner Gewerkschaftsorganisation FDGB“ und zitiert den damaligen DGB-Vorsitzenden Christian Fette, der auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß 1951 sagte: „Nachdem die deutsche Gewerkschaftsbewegung beispielgebend die notwendigen Brücken nach West-Berlin geschlagen hat, halte ich den Zeitpunkt für gekommen, auch an die Bundesregierung den Appell zu richten, alles zu tun, daß Berlin auch politisch als 12. Land in der Bundesrepublik Aufnahme findet.“

Das Schriftstück des FDGB zieht aus der Aufzählung aller dieser Dinge — offenbar absichtlich — keine aktuelle Schlußfolgerung. Es vermerkt zum Schluß lediglich: „Das sind die wahren Hintergründe und der tatsächliche Werdegang der Spaltung der einheitlichen Berliner Gewerkschaftsorganisation. Das steht der derzeitigen Argumentation der westdeutschen DGB-Führung zur Westberlin-Frage gegenüber.“ Jeder kann selbst resümieren, daß die Westberliner Organisation des DGB ja ursprünglich ein Kind des FDGB ist. Aber das Papier stellt dennoch mit keinem Wort den Bestand der Gesamtorganisation des DGB in Frage.

Man könnte darum rätseln, welchen tieferen Sinn das Schriftstück hat. Zweifellos deckt es die politische Motivierung der Westberlin-Haltung des DGB und ihren annektonistischen Zug auf, während der DGB-Bundesvorstand so tut, als stelle er sich nur schützend vor seinen Berliner Verband. Aber das Papier sollte dem DGB auch eine Warnung sein, diese gegen Kontakte zum FDGB und die Verständigung mit der DDR gerichtete Frage weiter zu eskalieren. Man muß auch von ihm das im Interesse der Verständigung notwendige Maß an Kompromißbereitschaft erwarten können.

G. Siebert

Diskussion um DGB-Satzung

Widerstand gegen Einschränkung der Demokratie im DGB
Außerordentlicher DGB-Kongreß voraussichtlich im Mai 1971

Spätestens bis zum 1. Oktober 1970 hat laut Beschluß des 8. ordentlichen DGB-Bundeskongresses von München die aus Vertretern der 16 Einzelgewerkschaften und des geschäftsführenden Bundesvorstandes zusammengesetzte Kommission das Ergebnis ihrer Arbeit den Gewerkschaften zur Diskussion vorzulegen. Der Kommission stehen dafür als Materialien zur Verfügung: die bereits in München vorgelegten Anträge und weitere Vorschläge der antragsberechtigten Organe, die bis zum 31. 12. 1969 gestellt werden mußten.

Von den 16 Gewerkschaften haben die IG Bau-Steine-Erden, die IG Bergbau und Energie, die Gewerkschaften Leder, Erziehung und Wissenschaft sowie Kunst von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht. Auch die IG Druck und Papier und der DGB-Bundesjugendausschuß haben keine Anträge gestellt, die unmittelbar die Satzung betreffen. Die vorliegenden Anträge sowie die in der DGB-Funktionszeitschrift „Die Quelle“ geführte Diskussion zeigen bemerkenswerte Tendenzen.

Die Anträge verdeutlichen die Gefahr, daß sich mit einer neuen DGB-Satzung, die voraussichtlich im Mai 1971 auf einem außerordentlichen DGB-Kongreß in Düsseldorf verabschiedet werden soll, der Prozeß der Integration der Gewerkschaften in das spät-kapitalistische Herrschaftssystem weiter verstärkt. Das widerspiegelt sich in dem Bestreben, dem DGB-Bundesvorstand größere Vollmachten einzuräumen und den Paragraphen 2 der Satzung, der sich mit „Zweck, Aufbau und Aufgaben“ des DGB beschäftigt, eine vom DGB-Grundsatzprogramm abweichende Fassung zu geben. So soll nach Anträgen der Hauptvorstände der Gewerkschaft ÖTV und der Deutschen Postgewerkschaft das Bekenntnis zum DGB-Grundsatzprogramm aus dem DGB-Satzungsentwurf gestrichen werden.

Die Deutsche Postgewerkschaft begründet das wie folgt: „Eine ausschließliche Interessensvertretung der Arbeitnehmer nach dem Inhalt des Grundsatzprogrammes scheint zu eng. Gesellschafts-, sozial- und wirtschaftspolitische Änderungen unserer Umwelt können ein Handeln erfordern, das nicht ausdrücklich vom Grundsatzprogramm erfaßt wird.“

Daraus geht das Bestreben hervor, mit der neuen DGB-Satzung, das in wesentlichen Aussagen klassenorientierte Grundsatzprogramm vom Tisch zu bekommen. Statt dessen soll der DGB lediglich auf den „Ausbau“ des sozialen und demokratischen Rechtsstaates programmiert werden. Das widerspricht dem Grundsatzprogramm, in dem von einer „Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse“ gesprochen wird, die sich in den letzten Jahren noch verstärkt haben. Die

Verhältnisse in der Bundesrepublik können nicht mit einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat gleichgesetzt werden, den es lediglich auszubauen gilt. Keiner der vorliegenden Anträge nimmt gegen diese Integrationsziele Stellung.

Bzüglich der Stärkung der Vollmachten des DGB-Bundesvorstandes hat unter anderem der Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV vorgeschlagen, es müsse ausgeschlossen bleiben, daß die einzelnen Gewerkschaften ihre eigenen Wege gehen. Sie sollen verpflichtet sein, in der Gesellschafts-, Sozial-, Wirtschafts- und Kulturpolitik ihre Beiträge dem DGB vorher zur Beratung zu unterbreiten. Außerdem soll in der Satzung verankert werden, daß „Vertreter des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes an den Vorstandssitzungen der Einzelgewerkschaften teilnehmen können“.

Eine andere Tendenz äußert sich in dem wachsenden Widerstand gegen die insbesondere vom DGB-Bundesvorstand und der Deutschen Postgewerkschaft vorgesehene Einschränkung der innergewerkschaftlichen Demokratie. Nahezu alle Anträge treten dafür ein, daß der Organcharakter der DGB-Landesbezirke und DGB-Kreise erhalten bleibt und die Demokratie im DGB ausgebaut wird. Um sich nicht zu isolieren, hat selbst der Vorstand der Deutschen Postgewerkschaft die von ihm in München vorgelegten Anträge in der Form abgemildert, daß der Bundesvorstand die Aufgabe habe, „die Arbeit der Landesbezirke und Kreise festzulegen und zu überwachen“.

Der bereits in München vorgelegte Antrag des DGB-Landesbezirkes Hessen bezüglich der Rechte und der Zusammensetzung des DGB-Bundesausschusses (je 55 000 Mitglieder ein Delegierter, Wahl eines eigenen Vorsitzenden, Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes nur beratende Stimme) hat eine vollinhaltliche Unterstützung durch einen Antrag des Hauptvorstandes der IG Chemie - Papier - Keramik erhalten. In den Vorschlägen der IG Metall wird diese Ausweitung der Demokratie im DGB nicht unterstützt.

Positiv zu werten ist auch, daß eine Reihe von Anträgen vorsehen bzw.

Das Image der IG Bau

empfehlen, daß künftig die Delegierten zu DGB-Kongressen entsprechend der Mitgliederstruktur der einzelnen Gewerkschaften (Jugend und Frauen, Arbeiter, Angestellte und Beamte) ausgewählt werden sollen. So erfreulich dieser Vorschlag auch ist, darf jedoch nicht übersehen werden, daß sich bei der ganzen Satzungsdiskussion bis heute innerhalb der Führungsgremien der einzelnen Gewerkschaften keine Strömung abzeichnet, die sich deutlich dem Eingliederungsprozeß der Gewerkschaften in das bestehende System aktiv widersetzt.

An dieser Tatsache wird klar, wie sich die Situation gegenüber dem außerordentlichen DGB-Kongreß von 1963, der das neue Grundsatzprogramm beschloß, verändert hat. Damals gruppierten sich die in vielen Fragen progressiven Kräfte um die IG Metall und die Kräfte, die schon seinerzeit für die Umwandlung der Gewerkschaften in Ordnungsfaktoren eintraten, um die IG Bau-Steine-Erden. Bekanntlich konnten sich sowohl beim Grundsatzprogramm als auch in den Abstimmungen über die Notstandsgesetze die Befürworter des Ordnungsfaktors nicht durchsetzen.

Heute stellen die Hauptvorstände der beiden Gewerkschaften in der Satzungsdiskussion nicht mehr diese Pole dar. Die Vorschläge der IG Metall richten sich in keiner Weise gegen die Absichten des DGB-Bundesvorstandes sowie der Postgewerkschaft und der Gewerkschaft der Eisenbahner, den DGB in das herrschende System zu integrieren. Der Vorstand der IG Metall versucht lediglich, den geplanten Abbau der Rechte der DGB-Landesbezirke und DGB-Kreise abzuschwächen.

Offensichtlich wurde durch die Tatsache, daß die SPD den Bundeskanzler stellt, der Integrationsprozeß im DGB verstärkt. Während die rechten Kräfte alles versuchen, dem DGB mit Hilfe dieser Sitzungsdiskussion generell den Charakter einer Kampforganisation zu nehmen, beschränken sich die Kräfte, die in anderen Fragen Klassenpositionen vertreten, lediglich auf die Erhaltung und den Ausbau der Demokratie im DGB. Mit der falschen Rücksicht auf die sozialdemokratische Bundesregierung unterlassen sie es, die Satzungsdiskussion mit einer generellen Diskussion über den Standort des DGB zu verbinden, wie sie vom Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks von Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbad, vor einem Jahr in München auf dem 8. DGB-Kongreß gefordert wurde. Er stellte fest, daß die Gewerkschaftsbewegung heute an einem „Scheideweg“ stehe. „Sie kann den bequemen Weg einer quasi öffentlich-rechtlichen Institution und sie kann den schweren und dornenvollen Weg der autonomen Widerstandsorganisation der arbeitenden Menschen gehen... Es wird dann für sie darauf ankommen, daß sie überall dort, wo arbeitende Menschen von sozialer, politischer oder

Vertrauenskrise in der Bauarbeitergewerkschaft Folgen der Sozialpartnerschaft zeichnen sich ab

Die Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden hat unter dem heutigen Verkehrsminister Georg Leber, oft mit spektakulären Schritten, vor Jahren den Weg sozialpartnerschaftlichen Verhaltens eingeschlagen. Der heutige Vorsitzende, Rudolf Sperner, setzte ihn konsequent fort. Der innere Zustand dieser Gewerkschaft zeigt, daß eine derart auf den Ausgleich mit dem Kapital orientierte Politik zwangsläufig Solidarität, Vertrauen und Schlagkraft einer Gewerkschaft gefährden muß. Die folgenden Zeilen über den Zustand der viertgrößten DGB-Gewerkschaft schrieb uns ein um die Zukunft seiner IG BSE besorgter Funktionär:

Im Wirtschaftsteil großer Zeitungen wird häufig respektvoll registriert, was der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Rudolf Sperner, irgendwo zu Problemen der Bauwirtschaft zu sagen weiß. Der Begriff Bau, in welchem Zusammenhang auch immer, bietet eben viele Möglichkeiten für Gesprächsstoff — angefangen beim Baulandwucher über Baupreise, Bauarbeit bis hin zum Gesetz über die Freigabe der Mieten.

Die Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden gilt allgemein als große, mächtige, moderne Gewerkschaft. Sie versteht es, werbewirksam in Erscheinung zu treten, und hat ohne nennenswerten Einsatz gewerkschaftlicher Kampfmittel offensichtliche Erfolge auf tarifpolitischem Gebiet zu verzeichnen. Das liegt aber hauptsächlich daran, daß im

wirtschaftlicher Fremdbestimmung bedroht werden, als aktive Widerstandsorganisation auftreten.“

Diese Standortdiskussion zu führen, ist eine entscheidende Voraussetzung, um den Angriff auf den DGB als der unabhängigen Interessenvertretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Zusammenhang mit der Satzungsdiskussion abzuwehren. Schon heute sollten sich die aktiven Gewerkschafter auf die nach dem 1. Oktober zu erwartende Diskussion vorbereiten und mit dazu beitragen, daß die bestehende Satzung nicht verschlechtert, sondern im Interesse der 6,5 Millionen Gewerkschafter verbessert wird.

Dazu gehört eine klare Konzeption über Zweck und Aufgaben des DGB sowie der Ausbau der Demokratie in den Gewerkschaften. Nur so können die Gewerkschaften als Gegenmacht zu den überlebten kapitalistischen Machtstrukturen gestärkt und gefestigt werden. Hinweise, die dieser Orientierung entsprechen, sind im NACHRICHTEN-Sonderdruck vom November mit dem Titel „Anträge, Vorschläge, Meinungen zur DGB-Satzung“ enthalten. Dr. Werner Petschik

Baugewerbe gegenüber der stationären Wirtschaft ein größerer sozialpolitischer Nachholbedarf bestand und besteht.

Bei den Beschäftigten, die in irgendeiner Form mit dem Produkt Bau zu tun haben, sieht das Bild der IG BSE ganz anders aus. Auf den Baustellen beherrscht immer häufiger eine feindselige Einstellung gegen die Gewerkschaft die Gespräche der Bauarbeiter. Gewerkschaftlich organisierte Kollegen schweigen vielfach vor den Angriffen Unorganisierter gegen die Gewerkschaft; sie lassen sich sogar verspotten. Die Atmosphäre am Bau wird zunehmend ungesunder. Gewerkschaftliche Leitbilder wie 8-Stunden-Tag, soziale Einrichtungen, Mitbestimmung, aktive Lohnpolitik, Vermögensbildung usw. werden immer mehr von einer bedenklichen Überstundenwelle verdrängt. Geld wird „gemacht“: durch Überstunden (20 Stunden und mehr in einer Woche sind keine Seltenheit); durch Akkordschinderei, durch Nebenarbeit (viele Bauarbeiter besitzen eine Zweitsteuerkarte und arbeiten nach Feierabend oder am Wochenende in einer anderen Firma), durch „Schwarzarbeit“ usw.

Das keineswegs nur mit sozialer Notlage zu begründende Streben nach Überstunden erfaßt immer mehr Bauarbeiter, Gewerkschafter und Betriebsräte ebenso wie Unorganisierte. Von den Bauunternehmern wird diese Welle geschickt ausgenutzt. Überstunden bringen ihnen Extraprofite und gleichzeitig eine größere Abhängigkeit der Arbeitnehmer. Es mag paradox klingen, aber mit zunehmenden Einkommen der Bauarbeiter steigt auch deren Verschuldungsrate.

Die innere Struktur der Gewerkschaft ist voller spannungsgeladener Widersprüche. Seit der Rezession 1967 sind die Mitgliederzahlen rückläufig. Man tröstet sich noch mit dem allgemeinen Rückgang der Bauarbeiterzahlen, bedingt durch die schnell voranschreitende Mechanisierung und Rationalisierung. Aber dieser Trost ist schwach, wenn man hört, daß andere Gewerkschaften Mitgliederzuwachs haben. Ein anderes Problem ist der aufgeblähte Verwaltungsapparat. Schon wird ge-

fragt, wie lange es sich die Baugewerkschaft noch leisten will, auf je tausend Mitglieder fast drei Hauptamtliche einschließlich Bürokräfte zu beschäftigen, wenn durch Mitgliederschwund auch Einnahmen schwinden.

Irgendwie verstärkt sich auch der Eindruck, daß sich die Politik der IG Bau-Steine-Erden festgefahren hat. Außer Verbesserungen im sozialen Bereich gibt es kaum noch Ideen oder Initiativen. Sozialistische Gedanken oder auch nur der Hauch davon sind verächtlich und werden unterdrückt. Der Kampf um die Mitbestimmung wird in der IG BSE auf ein paar Schritte zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes beschränkt. Offiziell sagt man, die IG Bau wolle nicht Vorreiter sein(!), und angeblich fielen nur ein halbes Dutzend Bauunternehmen unter die Forderung nach Erweiterung der qualifizierten Mitbestimmung. Aber der wahre Grund für die Zurückhaltung in Sachen Mitbestimmung ist die Angst der Gewerkschaftsführung vor demokratischen Erfahrungen der Massen.

Die Gewerkschaft erzieht ihre Mitglieder in Schulungen, Tagungen und Konferenzen zu treuen Erfüllungsgehilfen der Gesetze und damit des Staates. „Das Beste aus dem Gesetz heraushehlen“ predigt man, statt zum Widerstand gegen schlechte Gesetze aufzurufen oder anzuleiten.

Ist dies nun das Bild einer niedergehenden Gewerkschaft? Nein! Nur das Bild einer Gewerkschaft, die krank ist — allerdings nicht unheilbar. Aktiviert werden muß vor allen Dingen die innergewerkschaftliche Demokratie. Es muß wieder diskutiert werden können, ohne daß einer vom hohen Roß herab die Kollegen „fertig macht“. Das Übergewicht hauptamtlicher Funktionäre muß zugunsten der ehrenamtlichen Kollegen abgebaut werden. Die Parteibuchpolitik — einige nennen es „Demokratatur“ — führt bereits zu Lähmungserscheinungen. Autokratische Herrschaftsstrukturen (z. B. Geschäftsführer und 1. Vorsitzender in einer Person) sollten radikal ausgemerzt werden.

Zur Kreislaufanregung ist es ratsam, daß alle Mitglieder mal einen beliebigen Funktionär fragen, ob und wie in seinem Bereich der Jugendparagraf der Satzung (§ 25) schon erfüllt wurde. Der Patient IG Bau-Steine-Erden muß selbst den Willen zur Gesundung aufbringen, muß sich darauf besinnen, wer und was er ist. Die Mitglieder müssen deutlich machen, daß sie die Gewerkschaft sind, und die Funktionäre müssen lernen, daß nicht sie die Gewerkschaft sind, sondern deren gewählte Vertreter. Jedes Mitglied muß begreifen, daß ein Angriff auf die Gewerkschaft ein Angriff auf seine Person ist, und jeder Gewerkschafter sollte in der Öffentlichkeit seine Organisation durch gewerkschaftliches Solidarverhalten vertreten und verteidigen. H. L.

10000 Arbeitsunfälle täglich

**Nach langen Diskussionen endlich Schutzmaßnahmen!
Gewerkschaften müssen stärkeren Einfluß haben**

An jedem der etwa 250 Arbeitstage des Jahres 1969 waren im Durchschnitt, wie die Statistik jetzt nachweist, fast 10 000 Beschäftigte Opfer eines Arbeitsunfalles; nicht eingerechnet die täglichen 1000 Wegeunfälle. Die Gesamtzahl aller Unfälle in der Bundesrepublik betrug 1969 über 2,6 Millionen und war damit um 9 Prozent höher als 1968.

Zwar blieb 1969 die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle leicht rückläufig, aber immerhin ereilte noch 6228 Arbeitnehmer am Arbeitsplatz oder auf dem Weg zur Arbeit der Unfalltod. Von 1950 bis 1969 gab es in der Bundesrepublik fast 145 000 Unfalltote am Arbeitsplatz, das entspricht der Bevölkerung einer Großstadt.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wilhelm Nölling, der diese erschütternde Bilanz veröffentlichte, nennt auch die Ursache für die hohe Unfallquote in der Wirtschaft der Bundesrepublik: Das Profitstreben der Unternehmer und die hohe Arbeitsintensität in den Betrieben, die unzureichende Zahl der Sicherheitsingenieure, des Personals der Gewerbeaufsichtsämter und der Werksärzte, das Fehlen einer aussagefähigen Unfallursachenforschung, und vor allem die weitverbreitete Auffassung, daß Unfälle letzten Endes nicht zu vermeiden sind. Als konkretes Beispiel wird von ihm ein — leider nicht namentlich genanntes — Unternehmen mit 20 000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von Milliarden DM angeführt, in dem es keine systematische Auswertung der mehr als 2000 Unfälle in einem Jahr gibt.

Die von Dr. Nölling publizierten Fakten und Ursachen sind nichts Neues. Seit mehr als einem Jahrzehnt wird auf vielen Kongressen und in unzähligen Unfallberichten darüber geredet und geschrieben, daß die Arbeitssicherheit in der Bundesrepublik verbessert werden muß. Doch alles blieb bisher ohne nennenswerten Erfolg. Die Zahl der jährlichen Arbeitsunfälle bewegt sich immer noch zwischen 2,5 bis 3 Millionen.

Daß Arbeitsunfälle wirksam bekämpft werden können, beweist z. B. die Sowjetunion, deren Gewerkschaften in dieser Frage über für unsere Verhältnisse erstaunliche Erfolge berichten können. In den vergangenen zehn Jahren, so schrieb der Direktor des „Allunions-Forschungsinstituts für Arbeitsschutz“ beim Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften, M. Zuzkow, in der Zeitschrift „Sozialversicherung/Arbeitsschutz“ des FDGB der DDR, sei in der Sowjetunion die Kennziffer für die Häufigkeit von Arbeitsunfällen mit einer Ausfalldauer von mehr als 3 Tagen in der

gesamten Volkswirtschaft um die Hälfte gesenkt worden. Erstaunlich ist hierbei der Aufwand, mit dem in der UdSSR den Arbeitsunfällen zu Leibe gerückt wird. So beschäftigen sich in über 400 wissenschaftlichen Einrichtungen mehr als 12 000 Mitarbeiter mit den Problemen des Arbeitsschutzes.

Die Kontrolle über die Einhaltung des Arbeitsschutzes erfolgt in der Sowjetunion durch die technischen Inspektionen der Gewerkschaften, der Tausende hochqualifizierte Spezialisten angehören. Dabei wird grundsätzlich davon ausgegangen, daß es keine unvermeidbaren Unfälle gibt und die Verantwortung für den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter in erster Linie bei den Leitern der Betriebe und Betriebsabteilungen liegt. Diese Verantwortung ist nach sozialistischer Auffassung keineswegs geringer zu bewerten als die Verantwortung für die Erfüllung der Produktionsaufgaben.

Ungeachtet der in der Bundesrepublik und der Sowjetunion bestehenden grundlegenden unterschiedlichen Verhältnisse wäre es für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik sicher nicht von geringem Nutzen, wenn sie sich bei den Aussprachen mit den sowjetischen Gewerkschaften auch die positiven Erfahrungen vermitteln ließen, die diese, wie auch die Gewerkschaften anderer sozialistischer Staaten und nicht zuletzt der DDR, bei der erfolgreichen Bekämpfung von Arbeitsunfällen gesammelt haben.

In der Bundesrepublik ist es dringend notwendig, endlich das Stadium ergebnisloser Diskussionen über die Verbesserung des Arbeitsschutzes zu überwinden. Mit der bisherigen Methode wird wenig zu machen sein. Vor allen Dingen ist es erforderlich, den Einfluß der Gewerkschaften auf Arbeitsschutzmaßnahmen in der Gesamtwirtschaft zu verstärken. Die Verantwortung für den Arbeitsschutz kann nicht länger den Unternehmern allein überlassen bleiben. Wo es um das Leben und die Gesundheit der abhängig Beschäftigten geht, müssen die Gewerkschaften ohne Einschränkung mitbestimmen und entscheidende Vollmachten erhalten, um an jedem Arbeitsplatz in jedem Betrieb den Grundsatz durchzusetzen zu können: Sicherheit geht vor Profit.

-pp

Bergbau: Nächste Krise sicher

Einheitsgesellschaft Ignoriert soziale Erfordernisse Profite sind gesichert, aber nicht die Arbeitsplätze

Die jüngsten Auseinandersetzungen um die Bergarbeiterlöhne haben erneut die Situation im westdeutschen Steinkohlenbergbau in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Diesmal allerdings ist es nicht eine relative Überproduktion an festen Brennstoffen; die gegenwärtige Knappheit an Kohle und vor allem Koks macht die Dinge wesentlich komplizierter. Deshalb ist es angebracht, zunächst einen kurzen Rückblick zu tun.

Nach rund zehnjähriger permanenter Kohlenkrise war am 3. April 1968 vom Bundestag das „Gesetz zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete“ beschlossen worden, das die rechtliche Grundlage dafür war, daß Wirtschaftsminister Schiller im Juni 1968 mit den Zechenherren die Zusammenfassung des Ruhrkohlenbergbaus in einer privatkapitalistisch geführten Einheitsgesellschaft vereinbaren konnte. Die profitbringende Existenz dieser Ruhrkohle AG wurde durch finanzielle Staatsgarantien in Milliardenhöhe gesichert.

Am 17. November 1968 wurde das neue Unternehmen zwar gegründet, es verging aber noch ein ganzes Jahr, bis am 30. November 1969 von den Bergbauaktiengesellschaften die Einbringungsverträge unterzeichnet wurden und damit 52 Zechen, 29 Kokereien, 5 Brikettfabriken sowie Bergbaukraftwerke mit einer installierten Leistung von 950 MW in das Eigentum der Einheitsgesellschaft übergangen. Sie erhielt damit die Verfügungsgewalt über 180 000 Beschäftigte und 93 Prozent der Ruhrkohlenförderung, d.h. etwa die Hälfte der gesamten Steinkohlenförderung des EWG-Raumes.

Warum die beschlossene Zentralisation so lange dauerte und in dieser Übergangszeit z. B. notwendige Investitionsentscheidungen einfach unterblieben, hat Hans Baumann in der „Welt“ vom 15. September 1969 recht eindrucksvoll dargestellt: „Wurde von den Auguren bisher die Unbeweglichkeit des Bergbaus in der politischen Landschaft wie im Markt mit der Interessendivergenz der Eigentümer erklärt, so ist die Zähflüssigkeit der jetzt eingeleiteten Konzentration nicht zuletzt eine Folge von Amterjagd... Unter dem Schutz staatlicher Subsidien wird um Posten gerauft. Der Eindruck verstärkt sich, daß es hier kaum noch um die Sache des Bergbaus geht. Vor eineinhalb Jahren verfog mit der Idee der Einheitsgesellschaft die Investitionslust im Bergbau. Der Vorstand der Ruhrkohle AG, seit langem bestellt, ist noch immer ohne Vollmacht... Die Ruhrkohle AG ist zur Zeit nichts anderes als ein Wigwam voller Häuptlinge. Die Indianer fehlen.“

Als aber der abschließende Akt vollzogen war, tat man so, als ob nun alle Probleme gelöst seien. Ministerialdirektor Woratz, der von Schiller eingesetzte Bundesbeauftragte für den Steinkohlenbergbau, legte Ende November 1969 eine Energieprognose vor, die folgende Entwicklung für die nächsten Jahre vorsah (in Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten):

Jahr	Primär-energie- insgesamt	darunter	Steinkohle Erdböl
1968	294,1	98,0	147,6
1969	318,8	100,5	166,4
1970	328,8	99,3	175,9
1971	339,0	95,5	185,2
1972	352,0	92,0	195,5
1973	366,0	88,0	205,9

Zwar wurde in dem erläuternden Text von Woratz behauptet, daß es „nach Abschluß der Flurbereinigung“ keine Zechenschließungen mehr geben werde. Offensichtlich aber waren diese Worte nur als beruhigende Geste gegenüber den Bergarbeitern gedacht, die gerade wegen der anhaltenden Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes verstärkt nach neuen Arbeitsmöglichkeiten Ausschau hielten und dem Bergbau den Rücken kehrten, was teilweise zu einem empfindlichen Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften führte. Denn Woratz ließ sich weder darüber aus, wie die von ihm angekündigte „Flurbereinigung“ aussehen würde noch über welchen Zeitraum sie sich erstrecken sollte.

Auch auf dem letzten Steinkohlentag in Essen wurde als oberstes Rationalisierungsziel nur ganz allgemein eine starke Steigerung der Schichtleistung durch die Konzentration auf die ergiebigsten Anlagen bei gleichzeitiger Stilllegung der weniger Profit abwerfenden Zechen proklamiert. Am klarsten hat sich in dieser Frage der bereits zitierte Springer-Journalist Hans Baumann in der „Welt“ vom 14. 8. 1969 ausgedrückt: „Überdeckt der Boom die Schwächen des Steinkohlenbergbaus nicht mehr, so müssen Pläne parat sein, die eine Straffung der Förderung kurzfristig ermöglichen. Bis

dahin gilt es, aus der Hochkonjunktur das Beste zu machen...“

Letzteren Rat haben die über die Einheitsgesellschaft jetzt einheitlich handelnden Kohlenbarone durchaus beherzigt, als sie, ähnlich wie 1957, unmittelbar nach der Bundestagswahl einen besonders kräftigen Schluck aus der Preispulle nahmen und die Kohlen- und Kokspreise bei einzelnen Sorten bis zu 20 Prozent erhöhten, im Durchschnitt stiegen sie um rund 11 Prozent. Eine weitere, noch umfangreichere Preiserhöhung erfolgte in diesen Wochen.

Bei dieser Preisregulierung nach oben ging man von einer dreifachen Über-

Höchste Schichtleistung in der Bundesrepublik

Die Schichtleistung im Steinkohlenbergbau Westeuropas war im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik mit Abstand am höchsten. Hier betrug die Schichtleistung je Mann der Untertagebelegschaft 3665 kg; in Großbritannien waren es 3304 kg, in den Niederlanden 2820 kg; in Frankreich 2521 kg und in Belgien nur 2397 kg.

legung aus. Einmal nutzte man die Gunst der Stunde, d.h. eine im Zusammenhang mit der Hochkonjunktur stehende besonders starke Nachfrage nach Kohle und Koks, die nicht voll befriedigt werden konnte. Zum anderen war bekannt, daß die Mineralölkonzerne nur auf eine günstige Gelegenheit warteten, um auch ihrerseits die Preise heraufzusetzen (Esso-Chef Emil Kratzmüller hatte z. B. davon gesprochen, daß die westdeutsche Mineralölwirtschaft 1969 eine Erlöseinbuße von rund 1 Milliarde DM gehabt habe, wodurch die „volkswirtschaftlich auch künftig notwendigen umfangreichen Investitionen“ gefährdet seien). Und schließlich konnte man auch mit einem gemäßigten offiziellen Wohlwollen aus Bonn für eine Kohlenpreiserhöhung rechnen, weil bei einem Verlustausweis in der Bilanz der Ruhrkohle AG — und einen solchen zu fabrizieren, fällt keinem Konzernbuchhalter schwer — die Bundesbürgschaften fällig geworden wären.

Nun ist es allerdings keineswegs so, daß etwa die längerfristigen Konsequenzen der Kohlepreiserhöhung nicht gesehen worden wären. Daß viele Verbraucher, die bisher der Kohle zu der Treue gehalten hatten, zu einer Umstellung auf Heizöl oder Erdgas veranlaßt werden, ein Trend, der

durch die Koksknappheit für Hausbrandzwecke und stark verstärkt wird, ist sogar ganz bewußt angestrebt worden. Die acht Stahlkonzerne Thyssen, Mannesmann, Hoesch, Krupp, Klöckner, Rhein Stahl und Ilse der Hütte verfügen über die Mehrheit des Aktienkapitals der Ruhrkohle AG. Im sogenannten Hüttenvertrag, einem Bestandteil des Gründungsvertrages der Einheitsgesellschaft, ist ihnen zugesagt, daß sie im geforderten Umfang vorzugsweise mit Koks beliefert werden. Um die Jahreswende machten sie daher in Bonn auch geltend, daß nur bei einer Einhaltung dieser Vertragsbestimmung eine weitere Verknappung an Stahl verhindert werden könne. Zu diesem Zweck sollten daher die übrigen Koksverbraucher verstärkt angehalten werden, ihre Anlagen auf andere Brennstoffe umzustellen.

Als diese Stahlkonzerne noch eigene Zechen besaßen, haben sie viele Jahre den staatlichen Schutz vor dem Konkurrenten Heizöl verlangt. Die jetzige Kehrtwendung in ihrer Argumentation beruht darauf, daß sie die Marktrisiken für den Kohlenbergbau los geworden sind, indem sie diese gegen staatlich verbürgte Forderungen an eine von ihnen kontrollierte Einheits-

gesellschaft eintauschten. Die Profite der Zechenherren werden also stimmen, wie sich die Dinge auch entwickeln mögen.

Dabei liegt eines bereits heute deutlich auf der Hand: Die letzten beiden Kohlepreiserhöhungen haben eine Welle von Umrüstungen auf andere Energieträger eingeleitet. Die Neubaupläne der Elektrizitätswirtschaft sehen selbst im Herzen des Ruhrgebiets — so z. B. das RWE-Kraftwerk in Gelsenkirchen-Horst — Anlagen auf Erdgas- oder Heizölbasis vor. Jeder konjunkturelle Rückgang, der zu verringerten Lieferungen an die Stahlindustrie führen wird, muß daher unmittelbar die Absatzbedingungen des Steinkohlenbergbaus verschlechtern und wird damit nach allen bisherigen Erfahrungen auch die Arbeitsplätze von Zehntausenden von Bergarbeitern gefährden.

Daraus ergibt sich für die IG Bergbau und Energie die zwingende Notwendigkeit, bereits heute eindeutige vertragliche Regelungen zu treffen, um die Bergarbeiter und ihre Familienangehörigen vor den Folgen einer Krise zu schützen, die durch die Profitinteressen der Stahlkonzerne herbeimanipuliert wird. Dr. Tu.

Interesse für Rostocker Arbeiterkonferenz

Das kürzlich gebildete Vorbereitende Komitee der Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands für die BRD hat bekanntgegeben, daß sich für die XII. Arbeiterkonferenz in Rostock mehr als 90 Gewerkschafter aus der Bundesrepublik angemeldet haben. Das Interesse an der diesjährigen Konferenz und an Begegnungen mit Gewerkschaftsdelegierten aus den skandinavischen Ländern sowie aus den sozialistischen Anliegerstaaten sei in diesem Jahr stärker als während der vergangenen Jahre.

Die vom 15. bis 17. Juli 1970 stattfindende Konferenz beschäftigt sich mit zwei Themen:

1. Die europäische Sicherheit und die Schaffung der gewerkschaftlichen Einheit in Europa.
2. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die demokratische Mitbestimmung.

Zum ersten Thema referiert der Vorsitzende des Ständigen Komitees, Rudi Spekin, und zum zweiten Thema der bekannte sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionär Tord Ekström aus Schweden. Außerdem finden mehrere Freundschaftstreffen der an der Arbeiterkonferenz beteiligten Delegationen statt. NACHRICHTEN werden in der nächsten Ausgabe über Inhalt und Verlauf der Rostocker Arbeiterkonferenz berichten.

Opfer der Konzentration

Ein charakteristisches Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik ist die zunehmende Kapitalkonzentration. Immer weniger, aber immer größere Großunternehmen und Unternehmensgruppen entstehen, und mit dieser wirtschaftlichen Machtzusammenballung wächst auch die politische Macht der Konzerne und Monopole in der Bundesrepublik.

Nicht nur die Arbeiter und Angestellten leben in wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit und wären ohne Gewerkschaften der Willkür des Großkapitals hoffnungslos ausgeliefert —, auch die kleinen und mittleren Unternehmer geraten zunehmend unter die wirtschaftliche und politische Kontrolle des Großkapitals. Ihnen bleibt die Wahl, vor der Macht der Konzerne zu kapitulieren oder ihren Betrieb aufzugeben. Was sehr oft mit „Strukturkrise“ umschrieben wird, ist in der Regel nichts anderes als das rücksichtslose Machtstreben der Konzerne und Monopole, und die Kosten haben dabei in erster Linie die Lohn- und Gehaltsempfänger zu tragen.

Drastische Beispiele dieser verhängnisvollen Entwicklung gab es in den letzten Wochen in Baden-Württemberg. Die renommierte Firma Gebr. Scharpf KG in Stuttgart-Zuffenhausen mit rund 900 Beschäftigten, die Waschautomaten produzierte und sich bisher im Familienbesitz befand, hat die Produktion eingestellt und wird zwangsweise liquidiert. Wenige Tage später mußte auch der Eßlinger Betrieb R. Zimmermann KG, in dem Haushalts-

geräte hergestellt wurden, Konkurs anmelden. Die Belegschaftszahl in diesem Betrieb betrug 570. Diesen Konkurs war die Stilllegung der Firma Merkel & Kienlein in Eßlingen vorausgegangen. Hier werden rund 600 Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz verlieren. Bei allen diesen Unternehmen ergaben sich die Schwierigkeiten daraus, daß sie gegenüber den Großunternehmen in ihren Branchen nicht mehr konkurrenzfähig waren und Opfer der gewaltigen Kapitalkonzentration wurden.

Am härtesten betroffen wurden dabei die Belegschaften, während, so hieß es in der Presse, „das Privatvermögen der Familien Scharpf“ bei dem Zusammenbruch der Waschautomatenfabrik „nicht gefährdet sei“. Die Arbeiter und die Angestellten aber bleiben mit 1,5 Millionen DM hängen, so hoch beaulaufen sich die Lohnforderungen bei Scharpf. Nicht anders verhält es sich beim Zusammenbruch der Firma Zimmermann. Auch hier zahlt die Belegschaft die Zeche: Die Lohnrückstände betragen hier über eine Million DM. Die IG Metall wird in beiden Fällen die Lohn- und Gehaltsforderungen vor

dem Gericht vertreten, die in Einzelfällen 1000 bis 1500 DM betragen, und Unterstützungen zahlen, wo die Familien in finanzielle Bedrängnis geraten sind.

Für einen Teil der Arbeiter, die über Nacht ihren Arbeitsplatz verloren haben, fanden sich neue Arbeitsplätze, wenn auch fast immer nur zu geringeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen. „Verraten und verkauft“ sind vor allem die älteren Arbeiter und Angestellten, die jahrzehntelang im Betrieb standen und kaum noch Aussicht haben, woanders unterzukommen. Sie sind außerdem um die betriebliche Altersversorgung betrogen, die mit den Konkurs verlorengegangen ist.

„Die bedenkliche Entwicklung hier im Raum bestätigt die Notwendigkeit der Mitbestimmung“, so sagte der Bevollmächtigte der IG Metall in Eßlingen, und die DKP, Kreis Stuttgart, schlußfolgert aus den Vorgängen, daß sich der Kapitalismus entgegen den Behauptungen seiner Verteidiger nicht reformieren kann und es keine Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit gibt. sr

Rentenwesen reformbedürftig

Kritisches zum Rentenanpassungsbericht 1970 Über 50 Prozent aller Renten unter 300 DM

Rund 9,7 Millionen Renten zahlte am 1. Januar 1970 die gesetzliche Rentenversicherung, und zwar die Anstalten der Rentenversicherung der Arbeiter 6,7 Millionen (69,3 Prozent), die Angestelltenversicherung 2,25 Millionen (23,1 Prozent) und die Knappschaftliche Rentenversicherung 734 000 (7,6 Prozent). Diesen überwiegenden Anteil der Rentenversicherung der Arbeiter an den Rentenzahlungen muß man im Auge haben, wenn man die im Rentenanpassungsbericht 1970 jetzt veröffentlichte Übersicht über die durchschnittliche Höhe der Renten nach der letzten Rentenanpassung betrachtet:

Rentenversicherung der Arbeiter

Berufsunfähigkeitsrenten	179,10 DM
Erwerbsunfähigkeitsrenten	257,30 DM
Altersruhegelder (65 Jahre)	352,60 DM
Witwenrenten	249,20 DM

Angestelltenversicherung

Berufsunfähigkeitsrenten	226,70 DM
Erwerbsunfähigkeitsrenten	369,40 DM
Altersruhegelder (65 Jahre)	605,90 DM
Witwenrenten	370,00 DM

Knappschaftsrenten

Berufsunfähigkeitsrenten	555,40 DM
Erwerbsunfähigkeitsrenten	626,10 DM
Altersruhegelder (65 Jahre)	750,80 DM

Von den knapp 8,6 Millionen Renten, die die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten im Januar 1970 zahlten, erreichten mehr als 4,4 Millionen Renten, das sind 51,7 Prozent, nicht mehr als einen Betrag von 300 DM im Monat. Selbst von den Vollrenten (Erwerbsunfähigkeitsrente und Altersruhegelder) liegen 853 400 unter 150 DM im Monat.

Am 30. September 1969 betrug das Vermögen der gesetzlichen Rentenversicherung etwa 23,4 Milliarden DM und lag damit um rund 4,7 Milliarden DM niedriger als Ende 1966. 56,3 Prozent des Vermögens, also mehr als 13 Milliarden DM, befinden sich dabei in Form von Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen, Darlehen u. ä. in der Verfügung der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Gemeinden, Bundesbahn und Bundespost). Vom Schwund des Vermögens ist allein die Arbeiterrentenversicherung betroffen. Ihr Vermögen verminderte sich von 1966 bis 1968 von 16 Milliarden DM auf 10,6 Milliarden DM. Die Angestelltenversicherung hat dagegen ihr Vermögen in der gleichen Zeit von 11,3 Milliarden auf 12,5 Milliarden DM erhöhen können und verfügte Ende 1968 über größere Reserven als die Rentenversicherung der Arbeiter.

Angesichts dieses ungesunden Verhältnisses wird die Fragwürdigkeit des krampfhaften Festhaltens an der Rentenversicherung für Arbeiter und der Angestelltenversicherung als getrennte Institutionen deutlich. Noch ungerechter ist freilich die Tatsache,

daß die Rückstellungen für betriebliche Altersversorgungen, die nur einem Bruchteil der Arbeiter und Angestellten zur Verfügung stehen, mit rund 40 Milliarden DM fast doppelt so hoch sind, wie das Vermögen der gesetzlichen Rentenversicherungen. Den weitaus größten Nutzen hiervon haben die Unternehmer, die mit diesem steuerbegünstigt angesammelten Kapital einen erheblichen Teil ihrer Investitionen bezahlen.

Die in dem Rentenanpassungsbericht 1970 vorgenommene Übersicht über die Entwicklung der Rentenversicherung bis 1985 ist mit Skepsis zu betrachten. Das zeigen die bisherigen Vorausschätzungen. So war im Sozialbericht 1968 das Defizit für 1969 mit 1682 Millionen DM vorausgeschätzt worden. Nach dem Sozialbericht 1969 sollte dann für das laufende Jahr das Defizit der Rentenversicherung nur noch 758 Millionen DM betragen. Aber im Rentenanpassungsbericht 1970 ist für 1969 das Defizit wieder mit 1175 Millionen DM ausgewiesen. Noch stärker aber weichen die Vorausberechnungen für die finanzielle Entwicklung der Rentenversicherungen bis zum Jahr 1985 voneinander ab. Während im Sozialbericht 1969 das Vermögen der Arbeiter- und Angestelltenversicherungen für 1985 mit 28 802 Millionen DM vorausberechnet wurde, soll nach dem Rentenanpassungsbericht 1970 das Vermögen 1985 63 060 Millionen DM betragen.

Die starken Differenzen in den Vorausberechnungen verdeutlichen die systembedingte Unsicherheit im sozialen Bereich der Arbeiterschaft im Spätkapitalismus. Neben der Anzahl der Renten und der Höhe der Rentebeträge ist die finanzielle Entwicklung der Rentenversicherungen abhängig von der konjunkturellen Situation und den Verdiensten der Arbeiter und Angestellten. Nicht zuletzt aber auch davon, in welchem Umfang der Staat seine Verpflichtungen gegenüber den Rentenversicherungen erfüllt.

Nicht erst die Krise 1966/67 hat gezeigt, daß alle Konjunkturprognosen im Spätkapitalismus auf losen Sand gebaut sind. Der Staat kommt seinen Verpflichtungen gegenüber den Rentenversicherungen in dem Maße

immer weniger nach, wie immer mehr Geld in die Rüstung und andere kostspielige Ausgaben gesteckt wird, um die politisch gefährliche und wirtschaftlich ruinöse Großmachtspolitik weiterzuführen. Der Anteil der Bundeszuschüsse zu den Gesamtausgaben der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherungen, der im Jahr 1957 noch 30,9 Prozent betrug, ist auf 15 Prozent im Jahre 1970 zurückgegangen.

A. B.

PERSONALIEN

Kurt Brumlop, bislang Chefredakteur des Organs der IG Chemie-Papier-Keramik „Gewerkschaftspost“, ist in den Ruhestand getreten. Brumlop, der daneben auch verantwortlicher Redakteur des Funktionsblattes „Gewerkschaftliche Umschau“ war, leitete beide Redaktionen seit 1963. Bis dahin war er einige Jahre Chefredakteur der DGB-Funktionszeitschrift „Die Quelle“. Brumlop, der in der Nazizeit mehrmals verhaftet und politisch gemäßigelt wurde, gehört zu jenen, die sich nach 1945 sofort für den Neuaufbau der Gewerkschaftsbewegung zur Verfügung stellten. Er gilt als engagierter Demokrat und Sozialist. Als solcher bekam er später mit zunehmender Integrationstendenz in der DGB-Führung Schwierigkeiten mit dem geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB, die 1962 zur Niederlegung der Chefredaktion bei der „Quelle“ führten. Nach seinem Überwechseln zur IG Chemie-Papier-Keramik stellten sich auch dort politisch bedingte Spannungen ein. Die „Gewerkschaftspost“ Nr. 7 umschrieb diesen Zustand in einer Notiz über die redaktionelle Veränderung so: „Mit ganzer Kraft setzte sich Kurt Brumlop gegen antidemokratische und friedensgefährdende Zeiterscheinungen ein. Dabei macht er es oft sich und anderen nicht leicht, denn er ist kein bequemer Mensch, aber ein auch von politisch Andersdenkenden stets respektierter Gesprächspartner.“ Brumlop hat die Altersgrenze noch nicht erreicht. Er wurde im Oktober vorigen Jahres 60 Jahre alt. Seine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand dürfte damit zusammenhängen, daß die „politisch Andersdenkenden“ im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Chemie ihn lieber als „stets respektierten Gesprächspartner“ denn als verantwortlichen Redakteur sehen.

Manfred Menzel, bislang Chef der Pressestelle beim Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik, wurde leitender und verantwortlicher Redakteur für die im Zuge einer Neuorganisation zusammengefaßten Bereiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaft. Menzel war von 1963 bis 1965 stellvertretender Chefredakteur der „Gewerkschaftspost“.

Frauen werden diskriminiert

Eine weltweite Erscheinung in kapitalistischen Ländern 3. Frauenkonferenz des Internationalen Metallarbeiterbundes

Der Internationale Metallarbeiterbund (IMB), die internationale Vereinigung der Metallarbeitergewerkschaften des IBFG, veranstaltete Anfang Juni 1970 in Frankfurt/Main seine 3. Konferenz für Frauenfragen. Folgende beiden Themen waren Gegenstand der Beratungen: „Die Entwicklung der Frauenarbeit in der Metallindustrie“ und „Der technische Fortschritt und die Frauenarbeit in der Metallwirtschaft“. Neben zahlreichen europäischen Ländern waren Gewerkschaftsdelegationen aus Japan, Kolumbien und den USA vertreten.

Aufschlußreich sind die auf der Konferenz gemachten Angaben über den Grad der Frauenbeschäftigung in der gesamten Metallindustrie einiger führender kapitalistischer Länder. Danach betrug der Anteil der weiblichen Arbeiter und Angestellten nach dem Stand der letzten statistischen Erhebung in

Belgien (1968)	12,5 %
BRD (1966)	21,9 %
Großbritannien (1969)	22,7 %
Niederlande (1968)	8,8 %
Norwegen (1969)	5,5 %
Österreich (1968)	21,7 %
Schweiz (1967)	15,6 %
Schweden (nur Arbeiter - 1969)	11,8 %
USA (1967)	20,0 %
Japan (Betriebe mit 30 und mehr Beschäftigten - 1967)	24,7 %

Die Frauenarbeit ist also in den meisten dieser Länder zu einer unverzichtbaren Notwendigkeit für die Industrie geworden. Dem steht aber in allen kapitalistischen Ländern eine erhebliche Diskriminierung der weiblichen Arbeitskraft hinsichtlich der Bezahlung gegenüber. Obgleich im vergangenen Jahrzehnt durch den Kampf der Gewerkschaft spürbare Verbesserungen erzielt werden konnten, ist die Situation wie folgt:

In der Bundesrepublik konnte die unterste Lohngruppe der Frauen von 56,5 Prozent zum Facharbeiterlohn der Männer im Jahre 1960 auf 75 Prozent in 1968 angehoben werden.

In Dänemark wurde die Relation der Frauenlöhne zu den Männerlöhnen bei den Hilfsarbeitern von 74 Prozent im Juli 1960 auf 81 Prozent im Juli 1969 angehoben.

In der Metallindustrie Großbritanniens hielten sich die Frauenlöhne zwischen 1964 und 1969 mit 55 bis 60 Prozent des Männerlohnes verhältnismäßig stabil, allerdings auf erschreckend niedrigem Niveau.

In der norwegischen Eisen- und Metallindustrie entsprach 1960 der Stundenverdienst einer Frau 74,9 Prozent eines Hilfsarbeiters, 1969 betrug die Relation 85,8 Prozent.

In der schweizerischen Metallindustrie sind die Frauenlöhne von 64,88 Pro-

zent des Männerlohnes im Jahre 1960 auf 66,92 Prozent im 1. Halbjahr 1969 gestiegen.

In Schweden betrug die Steigerung von 1960 bis 1969 in der Maschinenindustrie 10 Punkte, in der Eisenhüttenindustrie 17 Punkte, in der Metallwarenindustrie 12 Punkte. Die Lohnrelation liegt bei 83,5 Prozent bzw. 88,2 und 88,8 Prozent.

Bei Preisen mitbestimmen

In einem Bericht mit dem Titel „Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Frühjahr 1970“ in den Gewerkschaftlichen Monatshelten 6/70, stellt der Kollege Günter Pehl fest: „Die starken Preiserhöhungen sind übrigens nichts anderes als ein offensiver Kampf der Unternehmer um die Einkommensverteilung. Indem sie die Preise auf breiter Front erhöhen, wollen die Unternehmer eine Normalisierung ihrer Gewinnquote, die im Aufschwung übermäßig gestiegen ist, verhindern.“

An anderer Stelle des Berichtes wird festgestellt, es „müssen die durch frühere Versäumnisse ausgelösten Preissteigerungen durchgestanden werden. Es gibt in der Marktwirtschaft kein Mittel, sie rückgängig zu machen.“ Meines Erachtens kollidieren diese beiden Feststellungen miteinander. Doch davon abgesehen scheint es mir notwendig zu sein, die Frage zu prüfen, ob es in der Marktwirtschaft tatsächlich kein Mittel gibt, um den Preissteigerungen Einhalt zu gebieten und daher den Gewerkschaften nur die Alternative bleibt, durch ihre aktive Lohn- und Gesellschaftspolitik einen Ausgleich für die Erhöhung der Lebenshaltungskosten zu erreichen.

Die Notwendigkeit aktiver Lohn- und Gehaltspolitik ist unbestritten. Erfolgreicher wäre jedoch, wenn es gelänge, die Preisinflation zu bremsen. Es heißt, in der Marktwirtschaft müssen die Preise frei sein, aber in Wirklichkeit sind sie gar nicht frei, sondern werden zu einem großen Teil von

Offensichtlich bedarf es noch enormer Kraftanstrengungen der Gewerkschaften, um den arbeitenden Frauen gegen den Widerstand der Unternehmer und Regierungen die Gleichstellung mit den männlichen Arbeitskollegen bei der Entlohnung zu erkämpfen.

Auf ein weiteres Problem der Frauenarbeit — die unerläßliche Verbesserung der Schul- und Berufsausbildung der Frauen — machte der Mitarbeiter im Vorstand der IG Metall, Dr. Günter Friedrichs, aufmerksam. Vorerst werde trotz und wegen der modernen Technik die Zahl der arbeitenden Frauen in der Metallwirtschaft zunehmen, sagte Friedrichs. Erst Mitte der 70er Jahre werde die Automatisierung der Textverarbeitung und der Montage einen grundlegenden Wandel schaffen. Anfang der 80er Jahre werde die Stellung der Frau in der Metallindustrie ernsthaft gefährdet sein, wenn nicht durch die Verbesserung von Schule und Ausbildung bis dahin die Chancengleichheit mit den Männern hergestellt sei. K. Kilian

marktbeherrschenden Unternehmen gemacht, und das nicht nur bei preisgebundenen Markenartikeln. Dabei orientieren sich die Unternehmer nicht an den Kosten, sondern nutzen rücksichtslos die Marktchancen aus.

Anders bei den Arbeitern und Angestellten: Sie können den Preis ihrer „Ware Arbeitskraft“ nicht willkürlich bestimmen, sondern sind gesetzlichen und vertraglichen Bindungen (Tarifverträge) unterworfen. Jede Lohn- und Gehaltserhöhung muß mit den Unternehmern ausgehandelt werden. Das Streikrecht hebt diese Bindungen nicht auf.

Die Marktwirtschaft — was immer man darunter verstehen mag — bliebe Marktwirtschaft, wenn die einseitige Begünstigung der Unternehmer aufgehoben und die Festsetzung der Preise für Waren und Dienstleistungen gesetzlichen und gesellschaftlichen Bedingungen unterworfen würde. Dabei müßten Gewerkschaften und Betriebsräte eine mitbestimmende Funktion übernehmen.

Es soll hier nicht um mögliche Modelle für die Gestaltung dieser gesetzlichen und gesellschaftlichen Bindung der Preise gehen. Zunächst gilt es die Grundfrage zu klären, ob nicht die Gewerkschaften ihren Respekt vor der sogenannten sozialen Marktwirtschaft in der augenblicklichen Form überwinden und Formen für gesellschaftliche Bindungen der Preise suchen sollten.

A. Böpplé, Bremen

Urlaub mit dem FDGB

Der gewerkschaftliche Feriendienst der DDR vermittelt jährlich über eine Million Urlaubsplätze

Über eine Million Ferienplätze stellt der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund der DDR jährlich seinen Mitgliedern und deren Familienangehörigen für niedrige Preise zur Verfügung. In mehr als zwei Jahrzehnten hat sich eine mächtige gewerkschaftliche Ferienorganisation entwickelt, die sich großen Zuspruchs erfreut. Unser DDR-Korrespondent Roland Köster berichtet:

Zu den selbstverständlich gewordenen Errungenschaften der arbeitenden Menschen der DDR gehört der gewerkschaftliche Feriendienst. Auf dem 2. FDGB-Kongreß (April 1947) wurde erstmals der Feriendienst in die Verantwortung der Gewerkschaften übernommen. Im Jahre 1947 standen dem FDGB ganze zehn Gebäude mit 498 Plätzen zur Verfügung. Erstmals erhielten in jenem Jahr 17 500 Mitglieder durch ihre Gewerkschaften eine Urlaubsreise. Das war jedoch nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

FDGB-Präsidiumsmitglied Dr. Fritz Rösel sagte kürzlich über das bisher Geleistete: „Die Gewerkschaften ha-

schafswahlen 1970 wurde das deutlich sichtbar. Nicht wenige Fragen der Mitglieder beschäftigten sich mit Problemen des Feriendienstes.

Der Feriendienst der Gewerkschaften unternimmt große Anstrengungen, um den ständig wachsenden Anforderungen Rechnung zu tragen. So wurden im Jahre 1969 vom Bundesvorstand des FDGB mehr als 60 Millionen Mark zur Erweiterung und Qualitätsverbesserung der Erholungseinrichtungen bereitgestellt. Damit konnten 800 Urlaubsplätze neu geschaffen und 38 Heime rekonstruiert werden. 2200 Plätze wurden in Speisesälen und 470 Plätze in Kultur- und Klubeinrichtungen neu geschaffen. Die Auslastung der Ferieneinrichtungen betrug im Jahre 1969 mehr als 96 Prozent. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozent. Aber zugleich muß man sagen, daß 1969 etwa 60 000 Reisen in der Vor- und Nachsaison nicht genutzt wurden.

Während in den Sommermonaten die Erholungsheime bis an die Grenze des Möglichen vollständig ausgelastet sind, gibt es in der Vor- und Nachsaison noch Reserven, deren Inanspruchnahme in den meisten Fällen sogar für die Gesundheit des Menschen nützlicher als in den Monaten Juli/August ist. Das ist ein echtes Problem. Seine Lösung verlangt nicht allein, traditionelle Urlaubsgewohnheiten zu ändern. Viele Eltern möchten natürlich den Urlaub im zeitlichen Zusammenfall mit den großen Schulferien arrangieren, um mit den Kindern zusammen sein zu können.

Auch im Jahre 1970 kann der Feriendienst 1,1 Millionen Ferienreisen bereitstellen. Neue Erholungsheime, wie das Erholungsheim an der Ohratalsperre und die Erweiterung des Erholungsheimes „Fritz Heckert“ in Gernrode im Harz, werden in dieser Saison eröffnet. Der Ausbau des Erholungsgebietes Waren/Klink, im Norden der DDR, wird weitergeführt, und mit der Rekonstruktion der Erholungseinrichtungen in Oberhof wurde begonnen. Dabei werden neue Wege beschritten. Am Neubau eines der modernen großen Erholungsheime in Oberhof wird z. B. eine Interessengemeinschaft des Feriendienstes des FDGB mit vier Chemiebetrieben und -kombinaten des Bezirkes Halle be-

teiligt sein. Derartige große neue Erholungsheime werden mehrgeschossig gebaut. Sie haben allen wünschenswerten Komfort. Für die Betreuung der Urlauber stehen moderne Speisesäle, Restaurants, spezifische gastronomische Einrichtungen, Klubräume, verschiedenartige Sporträume, Kinderzimmer usw. zur Verfügung. Wer die Zurückgezogenheit mehr schätzt, findet in den FDGB-Urlauberdörfern in landschaftlich reizvollen Gegenden das Gesuchte.

Übrigens: Einmal im Jahr kann jedes FDGB-Mitglied für eine Urlaubsreise bei der Deutschen Reichsbahn eine Fahrpreismäßigung von 33 $\frac{1}{3}$ Prozent in Anspruch nehmen. Die Fahrpreismäßigung wird auch Familienangehörigen gewährt.

Der gewerkschaftliche Feriendienst erlaubt natürlich nur einen Teil der Urlaubsmöglichkeiten, allerdings einen wegen der von ihm gebotenen günstigen Bedingungen besonders begehrten Teil. Dazu tritt der internationale Urlauber-Austausch auf der Grundlage von Abkommen des FDGB mit den Gewerkschaftsorganisationen anderer Länder. Schließlich gehören zu den Urlaubsmöglichkeiten aber auch die im Preis höheren Angebote des Reisebüros der DDR, die sich sowohl auf das Inland als auch insbesondere auf das sozialistische Ausland beziehen.

Unser Nachbar DDR

ben sich in den zurückliegenden Jahrzehnten dafür eingesetzt, daß die Verfassung, das Gesetzbuch der Arbeit und andere gesetzliche Bestimmungen Regelungen enthalten, die jedem Werktätigen das Recht auf Urlaub und Erholung entsprechend unseren ökonomischen Möglichkeiten planmäßig sichern helfen. Mit zunehmend wachsender Arbeitsproduktivität wurde und wird auch in Zukunft ein bedeutender Teil des Nationaleinkommens und des gesellschaftlichen Arbeitszeitfonds für die kontinuierliche Erhöhung des Umfanges und der Qualität der Leistungen für Erholung bereitgestellt.“

Der 7. FDGB-Kongreß (1968) übertrug dem Feriendienst der Gewerkschaften zur effektiven Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen sehr umfangreiche Aufgaben. Das kam nicht von ungefähr. Unter den Gegebenheiten des Sozialismus und der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution entstehen neue Bedingungen der Arbeit. Sie sind auch der Ursprung für wachsende Urlaubsbedürfnisse. Die Vielfalt der Wünsche und Ansprüche an die Ferienerholung nimmt zu. Im Verlaufe der Gewerk-

Arbeiterfestspiele in Rostock

Im Monat Juni fanden in der DDR die alljährlichen Arbeiterfestspiele als Höhepunkt der kulturpolitischen Arbeit der Gewerkschaften statt. Schauplatz der diesjährigen 12. Arbeiterfestspiele war die Hafenstadt Rostock. Erstmals gingen dieser repräsentativen Schau in diesem Jahr in 300 Betrieben der DDR spezielle Betriebsfestspiele voraus. Die Betriebsfestspiele sollen helfen, das geistig-kulturelle Leben in den Gewerkschaftsgruppen der Betriebsgewerkschaftsorganisationen zu fördern.

1969: 122 000 Studenten

Nach regierungsamtlichen Angaben waren in der DDR im Jahr 1969 an den Hochschulen und Universitäten 122 000 Studenten immatrikuliert, nahezu die Hälfte (44 Prozent) weibliche. 1949 (Gründung der DDR) studierten rund 15 von jeweils 10 000 DDR-Bürgern an Hochschulen, 1969 waren es 71. Für die Fachschulen lauten die analogen Zahlen 1949 = 8,5 und 1969 = 88. An Fachschulen waren 1969 151 000 DDR-Bürger eingeschrieben.

25. Jahrestag der FDGB-Gründung

Der FDGB beging am 15. Juni 1970 den 25. Jahrestag seiner Gründung. In einer Erklärung des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes, die den 1,7 Millionen ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionären in der DDR den Dank für die geleistete Arbeit im Interesse der 7 Millionen FDGB-Mitglieder ausspricht, erneuert der FDGB die von ihm vertretene Auffassung:

„In den Grundfragen des Strebens nach Frieden, Sicherheit und sozialem Fortschritt bestehen gemeinsame Interessen zwischen der Arbeiterklasse der DDR und der Arbeiterklasse der BRD. Die Herstellung wirklich klassenmäßiger Beziehungen zwischen FDGB und DGB würde dem Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den aggressiven westdeutschen Imperialismus und seinen revanchistischen Zielen dienen und ein bedeutsamer Beitrag sein, um zu garantieren, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht.“

31. Deutsche Arbeiterkonferenz

Die 31. Deutsche Arbeiterkonferenz findet während der Leipziger Herbstmesse am 4. und 5. September im traditionellen Haus Auensee statt. Einen entsprechenden Beschluß hatten die Teilnehmer aus der BRD und der DDR während der 30. Arbeiterkonferenz im März 1970 gefaßt. Nach dem Treffen von Brandt und Stoph in Erfurt und Kassel und angesichts des wegen der Vorbedingungen des DGB noch immer nicht zustande gekommenen Gesprächs zwischen DGB und FDGB besteht bei vielen Gewerkschaftern in der Bundesrepublik ein reges Interesse an der Leipziger Konferenz, zu der Vertreter der Arbeiterbewegung aus beiden deutschen Staaten zusammenkommen werden.

Hilfe für alte Menschen

Um älteren Bürgern die selbständige Wirtschaftsführung im eigenen Haushalt so lange wie möglich zu erhalten, werden in der DDR im verstärkten Maße entsprechende Kleinwohnungen, Veteranenwohnheime und Appartementhäuser geschaffen. Zur Unterstützung der älteren Menschen soll die Hauswirtschaftspflege entwickelt werden. Die „Volksolidarität“ (eine der Massenorganisationen der DDR, die sich auch der sozialpflegerischen Arbeit widmet) hat in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden erreicht, daß im Jahre 1969 6,3 Millionen Hauswirtschaftspflegestunden für ältere Bürger geleistet wurden. 1970 soll diese Leistung auf 6,7 Millionen Stunden erhöht werden.

„Stellung der Gewerkschaften in der Rechtsordnung der BRD“

Nach § 50 der Zivilprozeßordnung wird den Gewerkschaften, soweit sie in der Rechtsform von nicht rechtsfähigen Vereinen organisiert sind — und das ist in der Regel so — nur eine passive Parteifähigkeit gewährt. Sie haben nicht die Möglichkeit, im Namen der Organisation bei den ordentlichen Gerichten zu klagen, also aktiv parteifähig und mithin rechtsfähig zu sein. Die Forderung nach erweiterter Mitbestimmung der Gewerkschaften in der Wirtschaft und im öffentlichen Leben wurde in eine Rechtsituation erhoben, die mithin also den Gewerkschaften bei den ordentlichen Gerichten keinen hinreichenden staatlichen Rechtsschutz gewährte.

Seit Juli 1968 besitzen nun die Gewerkschaften unwiderruflich die Aktivlegitimation bei den ordentlichen Gerichten. Der Bundesgerichtshof hat in einem Gutachten auf Grund einer Klage der Gewerkschaft ÖTV festgestellt, die Rechtsstellung der Gewerkschaften habe sich in den letzten Jahrzehnten so grundlegend gewandelt, daß der § 50 der Zivilprozeßordnung durch die heutige Gesamtrechtsordnung überholt worden sei.

Zu diesem Fragenkomplex hat der Leiter der Rechtsabteilung beim Hauptvorstand der Gewerkschaft

Das aktuelle Buch

ÖTV, Karl Gröbing, eine gründliche Untersuchung veröffentlichen. Sie vermittelt einen Überblick darüber, welche Funktionen die Gewerkschaften heute in der Bundesrepublik de facto ausüben und wie weit ihre Position durch die Verfassung oder die geltenden Gesetze rechtlich festgelegt worden ist. In Gröbings Untersuchung wird nicht nur die Stellung der Gewerkschaften in den Verfassungen berücksichtigt, sondern jedes in Frage kommende Rechtsgebiet — vom Tarifvertragsrecht über das Gerichtsverfassungsrecht bis zum Kriegsfolgenrecht. Eine derart umfassende und erschöpfende Darstellung fehlte bisher.

Die staatliche Rechtsordnung muß nach Ansicht des Verfassers den Gewerkschaften das erforderliche Betätigungsfeld einräumen und sowohl ihren Bestand als auch ihre Funktionsfähigkeit garantieren. Was jedoch unter „erforderlich“ politisch konkret zu verstehen ist und wie unterschiedlich die Begriffe Funktionsfähigkeit oder Engagement interpretiert werden

können, das alles bleibt in der Untersuchung offen. Aber gerade die Lücken regen dazu an, darüber nachzudenken, ob sich die Gewerkschaften mehr auf Paragraphen und Urteilsprüche als auf ihre eigene Kraft verlassen sollen.

Die Schrift mit dem Titel „Die Stellung der Gewerkschaften in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland“ mit dem BGH-Urteil vom 11. 7. 1968 im Anhang ist in der Verlagsanstalt Courier-GmbH, Stuttgart, erschienen. Vorzugspreis für DGB-Mitglieder 5,— DM. h-k

Neuerscheinung: „Dokumente der Gewerkschaften“

Es kommt immer wieder vor, häufig sogar, das Gewerkschaftler beispielsweise nach dem Grundsatzprogramm vergeblich beim DGB oder beim Vorstand ihrer Gewerkschaft fragen. Es ist „vergriffen“ und kann erfahrungsgemäß auch nicht mehr besorgt werden. Ebenso ist es in manchen Organisationen mit dem Aktionsprogramm, den Leitsätzen zur Gewerkschaftsjugendarbeit, den DGB-Zielprojektionen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik und anderen gewerkschaftlichen Dokumenten, die für die konkrete Arbeit eines aktiven Gewerkschaftlers sehr wichtig sind. Oft sind diese Materialien tatsächlich vergriffen, manchmal aber ist der DGB bzw. die eine oder andere Gewerkschaft an der Verbreitung nicht mehr interessiert.

Der NACHRICHTEN-Verlag in Frankfurt/Main bringt jetzt ein Taschenbuch heraus, das eine Anzahl dieser wesentlichen programmatischen Dokumente des DGB, Kongreßbeschlüsse usw. enthält. Das Buch wird ab Ende August 1970 lieferbar sein und um 4,00 bis 5,00 DM kosten. Damit dürfte einem Mangel abgeholfen werden, der nicht selten die Tätigkeit vieler Gewerkschaftler belastete.

Bestellungen sind zu richten an: NACHRICHTEN-Verlag GmbH, 6 Frankfurt/Main, Friedberger Landstr. 307.

☆

Dritte Auflage „Marxismus leichtgemacht“

Die Nachtrage nach dem im NACHRICHTEN-Verlag erschienenen populär-wissenschaftlichen Heft „Marxismus leichtgemacht“ hält unvermindert an. Der Verlag hat sich aus diesem Grunde zu einer dritten Auflage entschlossen, die im Herbst 1970 herauskommen wird. Vorbestellungen, die für die Ermittlung der Auflagenhöhe nützlich sind, können gerichtet werden an den NACHRICHTEN-Verlag GmbH, 6 Frankfurt/Main, Friedberger Landstraße 307.

- **15. bis 17. Juli**
13. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock, während der Ostseewoche vom 12. bis 19. Juli 1970.
- **4. bis 5. September**
31. Deutsche Arbeiterkonferenz in Leipzig.
- **6. bis 11. September**
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten in Berlin.
- **September**
7. Frauenkonferenz der IG Metall in Dortmund.
- **Oktober**
10. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau und Energie.
- **Herbst 1970**
Außerordentlicher Gewerkschaftstag der Deutschen Postgewerkschaft (genauer Termin und Tagungsort liegen noch nicht fest).

9. ordentlicher Bundeskongreß des DGB 1972

Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat auf seiner Tagung Anfang Juni 1970 beschlossen, den 9. ordentlichen DGB-Bundeskongreß vom 28. Mai bis 3. Juni 1972 in West-Berlin durchzuführen.

PERSONALIEN

Adolph Kummernuß, langjähriger Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, ist am 23. Juni 1970 75 Jahre alt geworden. Kummernuß war bereits in der Weimarer Republik hauptamtlich für die Gewerkschaften tätig. Von den Nazis wurde er verhaftet und ins Konzentrationslager gebracht. Nach 1945 war er wesentlich am Aufbau der Einheitsgewerkschaft in der Bundesrepublik und 1949 an der Gründung des DGB beteiligt. Adolph Kummernuß, der von 1949 bis 1964 Vorsitzender der ÖTV-Gewerkschaft war, trat in den Gewerkschaften besonders als konsequenter Gegner des Faschismus und Mahner vor neonazistischer Entwicklung auf. Er hat ganz wesentlich dazu beigetragen, den demokratischen Geist in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung zu entwickeln und wachzuhalten.

Heinz Seeger, Mitherausgeber der NACHRICHTEN und Mitglied des Redaktionskollegiums, wurde auf dem Landesunionstag des DFU-Landesverbandes Baden-Württemberg für weitere zwei Jahre einstimmig in seinem Amt als Landesvorsitzender der Deutschen Friedens-Union bestätigt.

Pflichtgrenze wird „dynamisiert“

DGB an Bonn: Versicherungspflichtgrenze aufheben! Viele Angestellte würden weiterhin benachteiligt

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Änderung der Bestimmungen über die Versicherungspflicht der Angestellten in der Krankenversicherung beschlossen. Danach soll die Versicherungspflichtgrenze dynamisiert werden und künftig 75 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung betragen. Für 1971 würde sie sich damit von jetzt 1200 DM auf 1425 DM Bruttomonatsgehalt erhöhen.

Auch für die Angestellten, deren Gehalt die Versicherungspflichtgrenze überschreitet, sollen die Unternehmer zur Zahlung eines Zuschusses zum Krankenversicherungsbeitrag verpflichtet werden. Die neuen Bestimmungen sollen zum 1. Januar 1971 in Kraft treten.

Zweifellos ist dieser Gesetzentwurf, mit dem etwa eine Million Angestellte neu in die Versicherungspflicht einbezogen und die Unternehmer gezwungen werden, auch zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung der über die Versicherungspflichtgrenze hinaus verdienenden Angestellten einen Beitragsanteil zu zahlen, ein sozialer Fortschritt. Doch von einer sozialdemokratisch geführten Regierung hätten die Angestellten erwarten dürfen, daß der Gesetzentwurf den Forderungen des Aktionsprogramms des Deutschen Gewerkschaftsbundes entspricht, der eine soziale und rechtliche Gleichstellung aller lohnabhängig Beschäftigten verlangt.

Das wäre eine logische Fortsetzung der unter dem Druck der Gewerkschaften bisher realisierten Gewerkschaftsforderungen, nämlich Arbeitgeberzuschuß zum Krankengeld der Arbeiter in den ersten sechs Wochen, die Beseitigung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte in der Rentenversicherung und endlich die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall. Der letzte Schritt in dieser Entwicklung wäre die Beseitigung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte auch in der Krankenversicherung.

Die im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehene Regelung kommt allein der privaten Krankenversicherungswirtschaft und den Unternehmern zugute. Die Unternehmer werden weiterhin bei der Krankenversicherung ihrer Angestellten, die nicht krankenversicherungspflichtig sind, sparen, denn sie brauchen nicht die Hälfte des Beitrages zu zahlen, den die versicherungspflichtigen Angestellten zu zahlen hätten, sondern nur die Hälfte des Höchstbeitrages für die Pflichtversicherten, und das wären für 1971 lediglich 63,90 DM.

Die Dynamisierung der Krankenversicherungspflichtgrenze hat auch noch

eine unangenehme Seite für die Angestellten, deren Gehalt sich im Grenzbereich der dynamisierten Pflichtgrenze bewegt. Bei ihnen ist diese Regelung mit einer ständigen Unsicherheit verbunden, denn die Versicherungspflichtgrenze ändert sich jedes Jahr. Hierdurch, wie auch durch die Veränderung der Gehaltshöhe, würden ständig Angestellte von der Versicherungspflicht ausgeschlossen bzw. wieder einbezogen.

Es gibt für die Versicherungspflicht der Angestellten in der Krankenversicherung nur eine sozial fortschrittliche Lösung, das ist die völlige Beseitigung der Versicherungspflichtgrenze. Der sozialpolitische Ausschuß des DGB hat noch einmal den Standpunkt der Gewerkschaften bekräftigt, alle Angestellten in die Krankenversicherungspflicht einzubeziehen. A. B.

Zu guter Letzt:

Mende will von der IOS nichts mehr wissen. Nachdem er drei Jahre lang die Sparer in der Bundesrepublik — gegen ein horrendes Gehalt — veranlaßt hat, ihr Geld den IOS-Bankrotteuren zur Verfügung zu stellen, will er sich vornehm zurückziehen. Die Betrogenen sind jene, die Mende vertraut haben.

Hoffentlich ist dies „das Ende von Mende“.

nachrichten

Die NACHRICHTEN — Informationen und Kommentare zur Wirtschafts- und Sozialpolitik — erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH.

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium: Dr. Werner Patschick, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9; Gerd Slabert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 58 029 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postscheckkonto: Frankfurt 305040.

Einzelpreis 0,75 DM; vierteljährlich 2,25 DM, jährlich 9,— DM plus Zustellgebühr (1,80 DM).

Bei Nichterschienen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck Plambeck & Co, Neumünster